

# E+Z

Monatliches e-Paper

ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT  
AND COOPERATION

D+C

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249

Juni 2016

**Internet**  
Digitalisierung hat  
Auswirkungen auf  
Menschenrechte

**Grundschulen**  
Im ländlichen Indien  
gibt es noch viel  
zu verbessern

**Doping**  
Pharmamissbrauch  
belastet globalen  
Sport

## Herausforderung Müll



## Schwerpunkt: Herausforderung Müll

### Leben im Dreck

Nepals Hauptstadt Kathmandu benötigt dringend besseres Abfallmanagement. Es gibt viele gute Ideen, aber wenig konkrete Umsetzung, bemängelt **Roshan Sharma** von der Technischen Hochschule Köln. [Seite 14](#)

### Lokale Lösung

Schwellenländer produzieren immer mehr Müll. In Mumbai versucht die Kunststoffindustrie, die lokale Bevölkerung in Recyclingmaßnahmen einzubeziehen, berichtet **Oliver Möllenstädt** vom Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV). [Seite 17](#)

### Sierra Leones sauberste Stadt

Früher landete der meiste Müll von Bo, der zweitgrößten Stadt Sierra Leones, auf informellen Halden und Haufen – oder wurde einfach verbrannt. Heute recyceln und entsorgen das städtische Abfallamt und private Müllsammelnde fast die Hälfte des städtischen Mülls fachgerecht, schreiben **Jochen Moninger** und **Raphael Thurn-Valsassina** von der Welthungerhilfe. [Seite 19](#)

### Voneinander lernen

Kapstadt und Aachen arbeiten zusammen an nachhaltiger Stadtentwicklung. Die Partnerstädte haben unterschiedliche Probleme – aber auch Gemeinsamkeiten, führen **Regina Brück**, **Hermann-Josef Ostlender**, **Mona Plate** und **Gabriele Schütz-Lembach** von der Stadt Aachen aus. [Seite 22](#)

### Gemeinsam Müll trennen

Die vielen syrischen Flüchtlinge überfordern die libanesische Infrastruktur. In einer Kleinstadt in der Bekaa-Ebene nehmen die Menschen das Müllproblem nun selbst in die Hand. Die Journalistin **Mona Naggat** hat mit ihnen gesprochen. [Seite 26](#)

### Unverzichtbare Wertstoffe

Elektro- und Elektronikschrott enthält viele Wertstoffe, die für künftige Produktion gebraucht werden. Ein zeitgemäßes Recycling ist unverzichtbar, wie **Rüdiger Kühn** von der UN-Universität im Interview erläutert. [Seite 28](#)

### Aus Abwasser wird Trinkwasser

Falsche Abwasserentsorgung ist in vielen Entwicklungsländern ein Problem mit gravierenden Auswirkungen auf die Gesundheit. Kompakte Aufbereitungsanlagen könnten nicht nur die hygienische Situation verbessern, sondern zugleich Trinkwasser, Strom und Dünger erzeugen. **Andreas Hauser** vom TÜV SÜD führt aus, warum dafür internationale Standards benötigt werden. [Seite 31](#)

## Editorial

# Nebenwirkung von Konsum

➔ Menschen machen Müll. Das ist quasi unvermeidlich. Die Menge hängt vom Lebensstandard ab und darf nicht beliebig wachsen: Mit zunehmendem Wohlstand und steigender Kaufkraft nimmt auch der Konsum zu – und mit ihm der Abfall. Die Hälfte des weltweiten Mülls fällt in den OECD-Ländern an, in Afrika und Südasien ist es am wenigsten. Doch die Zeiten ändern sich. Heute sind nicht mehr die USA, sondern China der größte Müllproduzent in absoluten Zahlen.

Abfall hängt stark mit Urbanisierung zusammen. Dabei ist es bemerkenswert, dass die Menge fester Siedlungsabfälle schneller wächst als die Urbanisierungsrate.

Plastik hat die entlegensten Winkel der Erde erobert. Es macht das Leben bequemer und tägliche Aufgaben wie Wasserholen leichter. Im Gegensatz zu früher verwendeten natürlichen Materialien verrottet Plastik aber nicht – wie die riesigen Müllteppiche in unseren Ozeanen anschaulich zeigen. Plastikabfall beinhaltet oft Chemikalien und schadet sowohl Menschen als auch Tieren. Beim Verbrennen entsteht giftiger Qualm. Plastikprodukte sollten länger verwendet und am Ende recycelt werden – was bislang kaum der Fall ist.

Der Umgang mit Müll ist eine große Herausforderung, und informelle Halden stellen ein Problem vor allem in Entwicklungsländern dar. Überschwemmungen, Luftverschmutzung und die Beeinträchtigung der Gesundheit gehören zu den Folgen.

Eine geregelte Müllentsorgung gehört zu den wichtigsten kommunalen Aufgaben und ist die Voraussetzung für funktionierendes, nachhaltiges urbanes Leben. In armen Ländern ist sie in der Regel der größte kommunale Haushaltsposten. Der Sektor gibt auch vielen Menschen Arbeit, wobei häufig soziale Absicherung fehlt. Arbeitsnormen und -sicherheit sind – wie in anderen Branchen auch – ein wunder Punkt. Andererseits schaffen kleine Initiativen, die sich um die Einsammlung, Trennung und Weiterverwertung von Abfällen kümmern, Arbeitsplätze für arme Menschen in Entwicklungsländern.

Müllvermeidung und Wiederverwendung sind die wichtigsten Maßnahmen. Dahinter kommt das Recycling oder – für organische Abfälle – die Kompostierung. Ein gutes Abfallmanagement schafft Win-win-Situationen, weil Arbeitsplätze entstehen, wertvolle Ressourcen erhalten bleiben und weniger Mülldeponien gebraucht werden. Dort sollte auch nur landen, was gar nicht mehr verwendet werden kann.

Industrieabfälle stellen ein größeres Problem dar als Siedlungsabfälle, da sie häufig gefährliche Substanzen enthalten. Ohne angemessene Aufbereitung verschmutzt Giftmüll die Umwelt, kontaminiert das Trinkwasser und schadet Menschen und Tieren. Leider entsorgen viele Verantwortliche Industriemüll auf informellen Wegen, wobei nicht selten Korruption im Spiel ist.

Entwicklungshilfe kann dazu beitragen, das Abfallmanagement in Entwicklungs- und Schwellenländern zu verbessern. Für typische Probleme gibt es erprobte Lösungen. Allerdings produzieren die Industrieländer mit Abstand den meisten Müll – und gehen nicht in jedem Fall vorbildlich damit um. Plastikrückstände in Nahrungsmitteln sind keine Seltenheit. Auch landen digitale Geräte, die seltene Erden und wertvolle Metalle enthalten, oft auf Deponien oder in Verbrennungsanlagen, anstatt recycelt zu werden. Viele reiche Länder sammeln ihre Abfälle zwar vorbildlich ein, produzieren davon aber immer größere Mengen. ←



**Katja Dombrowski**  
ist Redakteurin bei E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit /  
D+C Development and Cooperation.  
[euz.editor@fs-medien.de](mailto:euz.editor@fs-medien.de)

**Monitor**

Ob sich die Zusammenarbeit von Asiatischer Entwicklungsbank und Asian Infrastructure Investment Bank verstetigt, bleibt abzuwarten / Pressefreiheit erodiert in Ägypten / Migration in und aus Afrika / Weshalb internationaler Jugendaustausch wichtig ist / Heutzutage: Afghanischer Radiosender für Frauen / Impressum / Engagement für bessere Arbeitsbedingungen in der indischen Textilindustrie / Die politische Krise Brasiliens

4

**Schwerpunkt: Herausforderung Müll**

*Roshan Sharma*

Kathmandu braucht kompetentes Abfallmanagement

14

*Oliver Möllenstädt*

Recycling-Projekt mit lokalen Müllsammlerinnen in Mumbai

17

*Jochen Moninger und Raphael Thurn-Valsassina*

In Sierra Leone ist das Abfallmanagement in Bo vorbildlich

19

*Regina Brück, Hermann-Josef Ostlender, Mona Plate und Gabriele Schütz-Lembach*

Partnerstädte Aachen und Kapstadt streben gemeinsam Nachhaltigkeit an

22

*Interview mit Bilikiss Adebisi-Abiola*

Wecyclers sammeln in Lagos verwertbaren Müll

25

*Mona Naggar*

Syrische Flüchtlinge und Libanesen lösen Abfallprobleme zusammen

26

*Interview mit Rüdiger Kühn*

Wertvoller Elektronikschrott

28

*Andreas Hauser*

TÜV SÜD entwickelt internationale Normen für dezentrale Abwasserbehandlung

31

**Tribüne**

*Nanjira Sambuli*

Menschenrechte und Internet

34

*Boro Baski*

Indische Grundschulen müssen noch viel besser werden

36

*Theresa Krininger*

Skandale zwingen Anti-Doping-Agenturen zu konsequenterem Handeln

38

**Debatte**

Kommentare zur geplanten Schließung von Flüchtlingslagern in Kenia, zu autoritärem Populismus und zu Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den Olympischen Winterspielen in Sotschi

40



Chitu/AP Photo/picture-alliance

**Zwei Seiten einer Medaille**

Digitale Technik erleichtert heutzutage den Zugriff auf Dienstleistungen und die Wahrnehmung von Menschenrechten. Andererseits kann sie auch für Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden, warnt **Nanjira Sambuli** vom i-Hub Nairobi. [Seite 34](#)

**Viel Verbesserungsbedarf**

In Indien gehen inzwischen fast alle Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren zur Schule. Aber vor allem im ländlichen Raum bleiben die staatlichen Bildungseinrichtungen unzureichend. Zu dieser Einschätzung kommt **Boro Baski**, der zum Adivasi-Stamm der Santal gehört. [Seite 36](#)

**Debatte**



Schryte/lineair

**„Schließen Sie die Lager bitte nicht“**

Die kenianische Regierung will die Flüchtlingslager Dadaab und Kakuma schließen. Die Bewohner von Dadaab sollen bis Ende Mai 2017 in die Heimat zurückkehren oder in ein Drittland ziehen. Die Betroffenen sind verzweifelt, schreibt der Journalist **Peter Okello**, der selbst in Kakuma aufgewachsen ist. [Seite 40](#)

# Multilaterale Flitterwochen

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB – Asian Development Bank) und die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) haben im Mai im Rahmen der ADB-Jahrestagung in Frankfurt ihr erstes Gemeinschaftsvorhaben bekanntgegeben. Sie wollen gemeinsam Straßenbau in Pakistan finanzieren. Möglicherweise werden sie dennoch auf längere Sicht zu Gegnern statt Partnern werden.

Laut ADB-Präsident Takehiko Nakao stehen noch nicht alle Details fest, aber beide Institute sollen in Pakistan gleich viel investieren. Der Gesamtwert des Vorhabens könne bis zu 300 Millionen Dollar betragen. Die ADB werde es implementieren, da die AIIB erst 2015 die Geschäfte aufgenommen und noch keine Außenvertretungen habe. Nakao sagte, alle ADB-Regeln und -Standards würden angewendet.

## Monitor

Die AIIB ist unter westlichen Regierungen umstritten. Die USA halten sie für ein Instrument der chinesischen Außenpolitik und wollten ihre Verbündeten vom Beitritt abhalten. Wichtige EU-Länder, zu denen auch Deutschland gehört, wurden dennoch Mitglied und argumentierten, sie wollten die neue Bank von innen beeinflussen und China enger ins internationale System einbinden.

AIIB-Präsident Jin Liqun nutzte die Konferenz in Frankfurt, um zu betonen, dass alle Seiten von Kooperation profitierten. Das Straßenprojekt in Pakistan sei ein Beispiel. Es wird Pakistans Volkswirtschaft stärken, passt aber auch zur chinesischen Initiative für eine neue Seidenstraße. Unter dem Titel „One Belt one Road“ sollen Seeverbindungen im Pazifischen und Indischen Ozean sowie internationale Straßen in Asien ausgebaut werden. Diese Infrastruktur dürfte Chinas Exporte fördern und chinesischen Baufirmen Aufträge bringen.

Jin verweist aber darauf, dass die Initiative nicht nur chinesischen Interessen dient. Sie sei von Peking ausgegangen,



AIIB-Präsident Jin Liqun und ADB-Präsident Takehiko Nakao in Frankfurt.

gehöre aber nicht Peking. Die wahren Eigentümer seien die Länder, in denen neue Infrastruktur entstehe. Richtig ist sicherlich, dass die Verbesserung der Verkehrsverbindungen innerhalb Pakistans und von dort in den Westen der Volksrepublik chinesischen und zentralasiatischen Firmen Zugang zu Häfen am Indischen Ozean verschafft. Der Welthandel insgesamt kann profitieren.

Jin verweist auch gelegentlich auf Schwächen der internationalen Entwicklungspolitik. Er warnt etwa, die am wenigsten entwickelten Länder blieben zurück, weil sie sich Kredite von multilateralen Banken nicht leisten könnten. Alle internationalen Finanzinstitutionen müssten zusammen neue Wege suchen. Jin ließ sich in Frankfurt aber nicht auf den Vorschlag des KfW-Vorstandsmitglieds Norbert Kloppenburg ein, den ärmsten Ländern Kredite in ihrer Landeswährung zu geben und ihnen so das Wechselkursrisiko abzunehmen.

Jin äußerte in Frankfurt grundsätzliches Interesse an Kooperation, ließ sich aber öffentlich nicht auf Detailfragen ein. ADB-Präsident Nakao sprach sich auf ähnliche Weise für Zusammenarbeit aus. Weitere Kofinanzierungen würden mit der AIIB vorbereitet, und auch mit der New Development Bank (NDB) in Shanghai liefen Gespräche. Die NDB gehört den BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und wurde wie die AIIB 2015 rechtskräftig.

## Chinesische Außenpolitik

Ob die Flitterwochenstimmung zwischen den neuen und alten internationalen Finanzinstitutionen anhält, bleibt indessen abzuwarten. Einem deutschen Beamten zufolge kann es trotz des vielversprechenden Starts noch „sehr schwierig“ werden. Jin unterstützt zum Beispiel offen Pekings Außenpolitik. Auf die Frage, ob Spannungen im Südchinesischen Meer, wo die Volksrepublik auf Inseln, die auch andere Ländern beanspruchen, Landbahnen baut, die ökonomische Kooperation erschweren könnten, antwortet er, die chinesische Haltung sei „konsistent“: schwierige Souveränitätsfragen sollten „freundschaftlich“ gelöst werden.

Solche Aussagen lassen aufhorchen – denn der Bau militärisch relevanter Landbahnen ist nicht unbedingt freundschaftliches Handeln. Auch entwicklungspolitisch gibt es deutliche Differenzen zwischen den etablierten Gebern und den Schwellenländern. Erstere betonen Menschenrechte, Nachhaltigkeit und gute Regierungsführung; Letzteren kommt es mehr auf ungebremstes Wirtschaftswachstum an. Die indische Regierung treibt derzeit beispielsweise ohne Rücksicht auf Ökologie oder Minderheiten Projekte voran (siehe Aditi Roy Ghatak in E+Z/D+C e-Paper 2016/05, S. 42). Die Schwellenländer wollen mehr Einfluss in

den internationalen Finanzinstitutionen und steuern wachsende Kapitalsummen zur ADB bei. Derweil kritisieren zivilgesellschaftliche Akteure multilaterale Banken schon lange, ihre Vorhaben schaden armen Menschen und belasteten die Umwelt. Heute fürchten allerdings viele von ihnen, die Sozial- und Umweltstandards, die diese mittlerweile akzeptieren, könnten in der Konkurrenz mit den neuen Entwicklungsbanken verwässert werden (siehe Kasten). Die Kritiker hadern weiterhin mit ADB, Weltbank und anderen internationalen Finanzinstituten – aber sie trauen den BRICS und deren Initiativen noch weniger.

## ILO- Kernarbeitsnormen

Gerd Müller, der Bundesminister für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, unterstützt viele Anliegen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Bei der Jahrestagung präsentierte er die Frankfurter Erklärung, die Deutschland mit der ADB vereinbart hat. Sie beinhaltet Bekenntnisse zu Klimaschutz und Anpassung an den Treibhauseffekt sowie beruflicher Bildung. Müller sagt, es habe keinen Sinn, Infrastruktur zu bauen, ohne die junge Generation gleichzeitig für gute Arbeitsplätze zu qualifizieren.

Entsprechend lobt Müller ADB und Weltbank, weil sie – auch auf deutsches Drängen hin – die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO zur Kreditbedingung gemacht haben. Solche Anliegen lassen sich vermutlich mit den etablierten Instituten leichter voranbringen als mit den neuen. Die Wirkung ist angesichts der Finanzvolumina auch größer. ADB-Präsident Nakao sagt, seine Bank habe 2015 Kredite im Wert von mehr als 16 Milliarden Dollar vergeben und werde die Summe bis 2020 auf 20 Milliarden steigern, wohingegen die AIIB in diesem Jahr wohl höchstens auf fünf Milliarden kommen werde.

*Hans Dembowski*

## Abwärtsspirale vermeiden

Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren die Asiatische Entwicklungsbank (ADB – Asian Development Bank) und andere internationale Finanzinstitutionen, weil sie die Umwelt und marginalisierte Gruppen nicht ausreichend schützen. Zugleich bewerten sie das Staatshandeln in Entwicklungsländern noch negativer.

Infrastrukturfinanzierung gehört zum Kerngeschäft der ADB. Zivilgesellschaftliches Engagement hat dazu beigetragen, dass die Umwelt- und Sozialstandards der Bank verbessert wurden. Heute fordern die nichtstaatlichen Organisationen (NGOs – non-governmental organisations) nicht mehr strengere Regeln, sondern konsequentere Implementierung.

Die NGOs erkennen auch die Arbeit des ADB Compliance Review Panel (CRP) als vorbildlich an. An das CRP können sich Menschen wenden, wenn ADB-Regeln verletzt wurden. NGO-Vertreter bemängeln aber, dass Betroffene oft nicht oder nur ungenügend entschädigt werden, selbst wenn das CRP in ihrem Sinne entscheidet. Dass das CRP seit einiger Zeit auch keine Entschädigungsvorschläge machen soll, wenn es Mängel beanstandet, verschlechtert aus ihrer Sicht die Lage.

Als diese Dinge bei der ADB-Jahrestagung im Mai in Frankfurt zur Debatte standen, räumten Verantwortliche der Bank Verbesserungsbedarf ein. Ihnen zufolge ist aber wichtig, dass das multilaterale Institut nur



*Greenpeace-Protest gegen die Finanzierung von Kohle-Infrastruktur 2012 vor der ADB-Zentrale in Manila.*

Dela Pena/picture-alliance/dpa

in begrenztem Maß Rechtsprechungskompetenz hat, da ihm die Regierungen der Länder, in denen Projekte durchgeführt werden, nicht unterstehen. Es komme darauf an, überall Rechtssicherheit zu stärken – und dazu sollten die zivilgesellschaftlichen Akteure bitte beitragen. Unter anderem könnten sie die Bank dabei unterstützen, benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Aus NGO-Sicht sind die ADB-Standards jedenfalls besser als die Regelsysteme der jeweiligen Länder. Aktivisten betonen, dass Letztere weniger Biss haben. Die ADB fordert beispielsweise, dass die Öffentlichkeit 120 Tage bekommt, um auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu reagieren. Nach indonesischem Recht reichen zehn Tage. Obendrein beklagen die NGOs, dass sich asiatische Regierungen oft nicht

an Gesetze halten. Aus diesen Gründen ziehen auch die ADB-Verantwortlichen die bankeigenen Safeguards vor.

Zusätzliche Sorgen machen den NGOs nun die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) und die New Development Bank (siehe Korinna Horta in unserem E+Z/D+C e-Paper 2016/03, S. 17). Die beiden neuen Institutionen haben ihren Sitz in China, und ihre Gründung wurde von der Volksrepublik vorangetrieben. Ihre Spitzenleute betonen, dass sie internationale Standards erfüllen wollen. Aber wie ihre Standards und Kontrollsysteme aussehen werden, ist noch unbekannt. Die NGOs warnen vor einer Abwärtsspirale. Die Antwort von Mario Sander, der Deutschland, die Türkei, Britannien, Österreich und Luxemburg im ADB-Aufsichtsrat vertritt, ist, dass er sich einen „Race to the top“ wünscht.

# Medien unter Druck

**Die unabhängige Medienorganisation Reporter ohne Grenzen (RoG) hat ihre alljährliche Rangliste der Pressefreiheit veröffentlicht. So wie letztes Jahr führt Finnland als der Staat mit den vergleichsweise freiesten Medien die Liste an. Auch die letzten drei Ränge sind unverändert: Dort stehen Turkmenistan, Nordkorea und – als letztes von 180 Ländern – Eritrea. Ägypten gibt Anlass zur Sorge.**

Einige Länder haben sich beachtlich verbessert. Tunesien beispielsweise ist seit letztem Jahr um 30 Ränge aufgestiegen. Zwar bemängelt RoG den weiterhin existierenden Druck auf tunesische Journalisten wie auch Selbstzensur. Auf der positiven Seite weist die Organisation darauf hin, dass „Online-Medien dabei sind, dies zu verändern“.

RoG erwähnt im Besonderen das Webmagazin Inkyfada, welches „sehr sensible Themen investigativ recherchiert“. Inkyfada kopublikerte zum Beispiel die „Panama Papers“, Unterlagen über geheime Bankkonten in Panama. Laut Malek Khadhraoui von Inkyfada sind mehr als 20 tunesische Staatsbürger in diesen Dokumenten über Gelder in Steuerparadiesen erwähnt – darunter der Chef einer politischen Partei. Reporter ohne Grenzen betrachtet Inkyfadas Veröffent-

lichungen als Beweis für die verbesserte Pressefreiheit in Tunesien.

Andere nordafrikanische Länder stehen wesentlich schlechter da, beispielsweise Marokko. Das Land ist um einen Rang herabgestuft worden. „Journalisten und Bürgerjournalisten werden durch Zensur, Überwachung, hohe Geld- und Haftstrafen bedroht“, erklärt RoG – ein Urteil, das Ali Anouzla, Chefredakteur der marokkanischen Nachrichtenportals Lakome.com, bekräftigt: Seine Website wurde blockiert, und er musste vorübergehend ins Ausland ausweichen.

Ägypten ist noch problematischer. Die Situation der Medien verschlechtert sich weiterhin. In der neuen Rangliste der Pressefreiheit 2016 ist Ägypten um einen Platz auf Rang 159 gefallen. Laut der Journalistenorganisation Committee to Protect Journalists (CPJ) sitzen nur in China mehr Journalisten im Gefängnis. Ägypten betreibe eine „systematische Inhaftierung, um Kritik zu ersticken“.

Seit dem Staatsstreich von 2013, der den gewählten Präsidenten Mohammed Mursi absetzte, hat das autoritäre Regime seine Macht auf Kosten von Menschenrechten und Meinungsfreiheit ausgedehnt. Sogar scheinbar harmlose Themen wie die Flüchtlingskrise können nicht diskutiert

werden. In Ägypten leben syrische und sudanesische Flüchtlinge; sie kommen jedoch kaum in den Medien vor. Online-Journalistin Doaa Sultan sagt, dass „wir mehr über Flüchtlinge in Europa schreiben als über diejenigen, die in Ägypten leben“.

Trotzdem versuchen Medien immer wieder, die rote Linie zu überschreiten. Das jüngste Abkommen zwischen Ägypten und Saudi-Arabien vom April 2016, in dem Ägypten seine Souveränität über zwei Inseln im Roten Meer an Saudi-Arabien abtrat, erzürnte die ägyptischen Bürger. Viele Menschen gingen auf die Straße, um dagegen zu protestieren – und darüber berichteten die Medien.

Das Regime reagierte schnell: Nach Angaben des CPJ wurden mindestens 30 Journalisten festgenommen, als sie über die Demonstrationen berichteten. Der Druck der Tageszeitung El-Masry Al-Youm wurde angehalten, um die Schlagzeile der Titelseite zu ändern, die den Besuch des saudischen Königs Salman in Ägypten kritisierte. Der ursprüngliche Titel lautete „Zwei Inseln und ein Dokortitel für Salman ... und Milliarden für Ägypten“. Er musste geändert werden in „Ergebnis von Salmans Besuch: Übereinkommen im Wert von 25 Milliarden Dollar“. Dies war der erste Fall von offener Zensur im Jahr 2016.

Am 1. Mai 2016 stürmten Sicherheitskräfte die Zentrale der Journalistengewerkschaft und verhafteten zwei Journalisten mit dem Vorwurf, zur öffentlichen Unruhe angestiftet zu haben. Laut CPJ stürmten Dutzende von Polizisten in Zivil das Gebäude, griffen die privaten Wachleute der Gewerkschaft an und zerschlugen die Möbel in der Lobby. Das Innenministerium bestreitet jedoch den Gebrauch von Gewalt. Yehia Qallash, Vorsitzender der Journalistengewerkschaft, nannte die Razzia „beispiellos“. Ironischerweise fand der Angriff einen Tag vor dem internationalen Tag der Pressefreiheit statt. *Ingy Salama*

## Links

**Reporter ohne Grenzen – Rangliste der Pressefreiheit 2016:**

<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2016/>

**Web-Magazin Inkyfada, Tunesien:**

<https://inkyfada.com/>



# Migration in Afrika gestalten

**Europäer nehmen afrikanische Migration häufig als europäisches Problem wahr. Aus afrikanischer Sicht ist sie aber eine interne afrikanische Angelegenheit – und bei weitem nicht in jedem Fall ein Problem.**

Der Deutsche-Welle-Journalist Florent Kossivi Tiassou hat vor kurzem ein Flüchtlingslager an der Grenze zwischen Burundi und Tansania besucht. „Dort haben mich viele Leute gefragt: Wie kommt man nach Europa?“, erzählt er. Doch der Kontinent sei keineswegs für alle Afrikaner auf der Flucht das Ziel. „Sehr viele wollen in Afrika bleiben“, sagt Tiassou. Zudem sei der Traum von Europa für die in Tansania gestrandeten Burundier unerfüllbar: Die Menschen sind arm, und Burundi liegt im Herzen des afrikanischen Kontinents.

Die einen wollen also nicht, die anderen können nicht. Tatsächlich bleibt die große Mehrheit der geflüchteten Afrikaner in Afrika, viele als Binnenvertriebene im eigenen Land, viele andere in direkten Nachbarländern.

Ihre Verwaltung und Integration funktionieren in vielen Fällen besser, als von außen wahrgenommen wird, sagt Hamidou Bouba, der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der afrikanischen Gemeinde in Deutschland, der sich als Dachverband der afrikanischen Diaspora versteht. „Wenn die Gesellschaft Menschen aufnehmen will, klappt das auch – selbst wenn die Politik überfordert ist.“

Während die Zielländer oft wirtschaftlich von der Migration profitieren, verlieren die Herkunftsländer junge Menschen und Arbeitskräfte. Dieser Braindrain ist ein großer Verlust.

Flucht und Migration gab es schon immer. Seit 2015 mehr als eine Million Menschen nach Europa kamen, werden beide aber dort deutlich stärker wahrgenommen. In Deutschland wird nun die „Bekämpfung von Fluchtursachen“ verstärkt als Aufgabe der Entwicklungshilfe diskutiert.

Benjamin Schraven vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

kann sich damit nicht anfreunden. Er hält es für wichtiger, Migration entwicklungspolitisch zu gestalten und zum Beispiel in den betroffenen Regionen die Bewegungsfreiheit – wie sie etwa die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS vorsieht – zu unterstützen, sagte er auf einer Veranstaltung des DIE, der European Association of Development Research and Training Institutes (EADI) und des Verbandes Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) im Mai in Bonn.

Laut Elke Löbel, der Flüchtlingsbeauftragten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), beeinflusst die Entwicklungshilfe Migration in Afrika bereits. Als Beispiel nennt sie Marokko, das als eins der wenigen Länder des Kontinents ein Asylgesetz und ein Programm für Rückkehrer habe. Das BMZ berate Rabat in der Migrationspolitik.

Tiassou sieht die Kooperation mit Marokko kritisch. Schwarzafrikaner wür-

den dort extrem schlecht behandelt und hätten keine Rechte. Sein Vorwurf: „Die EU versucht, Marokko als Asylbremse zu benutzen.“ Wenn Geld nach Marokko fließe, komme das nach seinen Kenntnissen jedenfalls nicht den Asylsuchenden zugute.

Bei der Diskussion der Fluchtursachen verweist Tiassou auf die Rollen westlicher Firmen in Afrika. Zum Beispiel verdiene der französische Konzern Areva sehr viel Geld mit dem Uranabbau im Norden Nigers. Doch den Menschen vor Ort gehe es schlecht: „Es gibt keine Straßen, keine Schulen, keine Krankenhäuser.“ Für Tiassou liegt die Sache auf der Hand: „Das Geld fließt nach Europa – und die Leute hinterher.“ Dass es auch anders geht, zeige die Firma HeidelbergCement in seiner Heimat Togo. Der deutsche Baustoffkonzern betreibe dort ein Klinkerwerk und habe in der Nähe ein Modelldorf mit guter Infrastruktur gebaut. „Solche Aktionen sind wichtig, um Abwanderung zu stoppen“, sagt Tiassou.

Katja Dombrowski



Afrika ist nicht nur Ursprung, sondern auch Ziel vieler Migranten. Dieser Pakistaner betreibt einen Laden in Kapstadt, Südafrika.

# „Es ist gut, wenn Mauern fallen“

**Vor sieben Jahren hat die Bundesregierung das weltwärts-Programm ins Leben gerufen. Es vermittelt deutsche Freiwillige ein Jahr lang an soziale Projekte in Entwicklungsländern. Seit 2013 gibt es das Programm nun auch in die andere Richtung: Junge Menschen kommen aus Entwicklungsländern zu Freiwilligeneinsätzen nach Deutschland.**

155 deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs) senden weltwärts-Freiwillige in Entwicklungsländer. Am Austausch in die andere Richtung sind bereits 66 deutsche und 245 internationale Organisationen beteiligt. Bisher reisten rund 400 Freiwillige in die Bundesrepublik, und dieses Jahr sollen 600 hinzukommen.

Jacob Betmou aus Kamerun ist seit zehn Monaten in Deutschland und arbeitet als Freiwilliger bei Slow Food e. V.. Brot für die Welt hat den Einsatz vermittelt. Landwirtschaft und Bodenschutz interessieren ihn: „In meiner Heimat kümmern wir uns darum, genug Nahrung für alle anzubauen zu können, aber nicht, wie wir unseren Boden schützen.“ Es werde zu viel Pestizid verwendet. Nach seiner Rückkehr will er sein neues Wissen weitergeben. „Meine Organisation in Kamerun bringt

Jugendlichen vom Land Gemüseanbau bei. Mit meinen Erfahrungen von Slow Food kann ich ihnen zeigen, wie sie mit weniger Pestiziden auskommen.“

Horst Heinrich Brammer von der Südafrikanischen Botschaft in Berlin findet Austausch in einer globalisierten Welt wichtiger denn je. „Alle großen Herausforderungen wie Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel oder illegale Migration sind international, außer einer: Nationalismus.“ Die großen Probleme könnten nur über Austausch gelöst werden: „Deshalb ist weltwärts so wertvoll“, sagte Brammer auf einer Konferenz, der Organisation „ICJA Freiwilligenaustausch weltweit“ zum weltwärts-Programm in Berlin im Mai.

Bernhard Felmberg vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sieht das ähnlich. Ihm zufolge ist weltwärts „globale Partnerschaft im Kleinen“. Er selbst sei in Westberlin aufgewachsen und wisse: „Es ist gut, wenn Mauern fallen.“ Alle beteiligten Organisationen wollen, dass die Freiwilligen sich nach ihrer Rückkehr gesellschaftlich einbringen. Für die Deutschen, die ins Ausland gehen, funktioniert das bereits gut: Mehr als 70 Prozent der Rückkehrer engagieren sich sozial oder wollen dies bald tun. Mit inter-

nationalen Freiwilligen, die aus Deutschland zurückkehren, gibt es noch nicht so viele Erfahrungen. Meena Bedarkar von einer indischen CSO berichtet immerhin, die Freiwilligen kehrten „mit dem Bewusstsein zurück, etwas verändern zu können“.

Ein Problem ist jedoch die Visumvergabe. Weltwärts wird von der Bundesregierung gefördert, aber dennoch verweigern Botschaftsmitarbeiter manchen Kandidaten die Einreisegenehmigung. Damit sich das ändert, arbeitet das BMZ zusammen mit dem Auswärtigen Amt und den Botschaften verschiedener Länder an einem Memorandum of Understanding.

Kandidatenauswahl und Budget sind für die CSOs ebenfalls noch Herausforderungen. Bedarkar berichtet, ihre Organisation bekomme rund 100 Bewerbungen für fünf Plätze. „Wir wollen junge Menschen auswählen, die ohne uns nicht ins Ausland kämen“, sagt sie, aber dafür reiche das Geld oft nicht.

Derzeit wird evaluiert, ob der Süd-Nord-Austausch seine Ziele erreicht. Vom Ergebnis hängt unter anderem ab, in welchem Umfang diese neue weltwärts-Komponente künftig finanziert wird.

*Eva-Maria Verfürth*



Rafael de Aquino Pasos

*Zwei weltwärts-Freiwillige aus Brasilien und Indonesien erleben den Winter in Deutschland.*

# Heutzutage: Sprachrohr für Frauen

Nach dem Sturz der Taliban-Regierung 2001 erlebte Afghanistan einen Medien-Boom. Hunderte Radio- und Fernsehsender wurden gegründet. Im Gegensatz zu den meisten anderen Radiosendern fokussiert sich Rabee Balkhi auf Frauen, ihre Rechte und ihre Probleme.

Mit der Vertreibung der Taliban entstanden in Afghanistan diverse private Radio- und Fernsehsender; viele von ihnen finanziert von ehemaligen Warlords, die damit ihre eigenen Interessen vertreten wollten. Die Bevölkerung wünschte sich hingegen ein leichtes Unterhaltungsprogramm, was unter den Taliban verboten war. Ernsthaftige Themen kamen dabei zu kurz.

Der Radiosender Rabee Balkhi in Masar-e Scharif in Nord-Afghanistan behandelt seit seiner Gründung 2003 schwerpunktmäßig Frauenthemen. Neben aktuellen Nachrichten und Musik strahlt der von einer kanadischen Nichtregierungsorganisation finanzierte Sender Programme über Ernährung und Gesundheit aus. Er greift aber auch gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen auf, denen Frauen im Alltag begegnen.

Der Sender hat seinen Namen von einer persischsprachigen Dichterin des zehnten Jahrhunderts, die dafür berühmt war, als eine der wenigen Frauen ihrer Zeit über Tabuthemen zu sprechen – so etwa ihre verbotene Liebe zu einem Mann.



Mobina Khairandish, die Programmdirektorin des Senders, stört die herrschende Männer-Dominanz in der afghanischen Gesellschaft. „Sogar gebildete Männer, die scheinbar für Frauenrechte sind, haben immer noch Vorbehalte, wenn es darauf ankommt, Frauen in ihren gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten zu unterstützen“, erklärt sie. Selbst Mitarbeiter internationaler Organisationen sind beispielsweise mit Blick auf Scheidung sehr konservativ und bestehen darauf, dass Heirat eine „lebenslange Entscheidung“ sei.

Radio Rabee Balkhi behandelt neben Scheidung auch andere Tabuthemen wie etwa häusliche Gewalt. In der patriarchalischen Gesellschaft Afghanistans ist es äußerst schwer, über diese

Dinge öffentlich zu diskutieren. „Wenn wir über Themen wie Gewalt in der Ehe, Scheidung und Häuser für schutzsuchende Frauen berichten, wird uns schnell unterstellt, die Grundlage des Familienlebens schwächen zu wollen“, sagt Mobinah Khairandish.

Die Sendungen von Radio Rabee Balkhi orientieren sich an den alltäglichen Bedürfnissen und Problemen der Frauen. Dafür arbeitet der Radiosender eng mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Behörden zusammen.

Radio ist das wichtigste Medium in Afghanistan. Radio Rabee Balkhi nutzt dies, um Frauen der nordafghanischen Region Balkh ein Sprachrohr für Meinungsfreiheit und Frauenrechte zu bieten.

In der Kolumne „Heutzutage“ erzählen Korrespondenten aus Entwicklungsländern vom Alltag in ihrer Heimat.

**Aida Azarnoush**  
ist Journalistin und lebt in Bonn.

[aidaazarnoush@gmail.com](mailto:aidaazarnoush@gmail.com)



## Impressum

**E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit**  
57. Jg. 2016  
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.  
ISSN 2366-7249

**Herausgeberin:**  
**ENGAGEMENT GLOBAL**  
Service für Entwicklungsinitiativen



E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis,

Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsreiche englischsprachige Zwilling.

**ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH**  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Tulpenfeld 7  
53113 Bonn  
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150  
<http://www.engagement-global.de>

**Beirat:**  
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

**Verlag:**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH

**Geschäftsführer:**  
Oliver Rohloff

**Anschrift von Verlag und Redaktion:**  
Frankenallee 71-81  
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

**Redaktion:**  
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Katja Dombrowski, Sabine Balk, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth, Dagmar Wolf (Assistenz)  
Tel. (0 69) 75 01-43 66,  
Fax (0 69) 75 01-48 55,  
[eu.editor@fs-medien.de](mailto:eu.editor@fs-medien.de)

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.

**Grafik und Layout:** Jan Walter Hofmann

**Übersetzung:**  
Eleonore von Bothmer, Carola Torti

**Anzeigen, Abonnements und Vertrieb:**  
Klaus Hofmann (verantwortlich)  
Tel. (0 69) 75 01-48 27  
Fax (0 69) 75 01-45 02  
[zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de](mailto:zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de)

**Druck:**  
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH  
Kurfürstenstraße 4-6  
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

**Bezugspreise für Druckausgabe:**  
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

# Alle Konsumenten sind verantwortlich

**Indiens Textilindustrie hat eine lange Geschichte und ist der zweitgrößte Arbeitgeber im Land. Die Arbeitsbedingungen bleiben jedoch ausbeuterisch. Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern mehr Transparenz in der Lieferkette und wollen Verbraucher mobilisieren, mehr Druck für bessere Produktionsstandards auszuüben.**

Indiens Erfolg in der Textilindustrie basiert auf einem Produktionssystem, das kostengünstig und hochflexibel ist. Es kann schnell auf plötzliche Veränderungen in der Modebranche reagieren, wie eine kürzlich veröffentlichte Studie der deutschen feministischen Initiative FEMNET erklärt. Indiens Wirtschaft ist durch einen hohen Anteil an nicht registrierten, informellen Unternehmen gekennzeichnet. Wie die Studie bemängelt, unterstützt die Regierung diese kleinen und mittleren Unternehmen ohne explizite Anforderungen in Bezug auf Sozial- und Umweltstandards.

Kritiker weisen darauf hin, dass insbesondere im südlichen Indien junge Mädchen in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen in Spinnereien arbeiten. Ein Lagerarbeitssystem lockt Jugendliche aus

armen Verhältnissen in die Spinnereien. Das System ist traditionell als „Sumanjali“ bekannt. Das Wort bedeutet „glückliche Braut“ in Tamil. Die Mädchen arbeiten in ausbeuterischen Bedingungen für drei Jahre und erhalten schließlich eine Summe, die als ihre Mitgift dienen soll. Die jungen Mädchen müssen für einen Hungerlohn Schichtarbeit leisten und in überfüllten und schlecht ausgestatteten Baracken schlafen, berichtet die FEMNET-Studie.

Die Landesregierung von Tamil Nadu räumt ein, dass es Unfälle gibt – manchmal auch tödliche. Die Hauptursache ist Erschöpfung. Allerdings kann es auch an mangelhafter Berufsausbildung liegen. Viyakula Mary von Social Awareness & Voluntary Education (SAVE), einer indischen NGO, sagt, viele Mädchen seien mit der Bedienung der Maschinen nicht vertraut, sodass leicht Unfälle passierten. Auch Selbstmord, sexueller Missbrauch und Mord seien in den Spinnereien üblich, berichtet Mary. Die jungen Arbeiterinnen dürften keinen Kontakt zu ihren Familien haben. Viele litten unter psychischem Stress und Krankheiten. Zudem erhielten die meisten Mädchen nie einen Beschäftigungsnachweis, so dass sie nicht vor Gericht gehen könnten, um ihre Rechte einzuklagen. Sollten sie die Fabrik verlassen, bevor die drei Jahre vorbei sind, gehen sie mit leeren Händen nach Hause, berichtet FEMNET.

Es gibt Gesetze, die – richtig eingesetzt – die Mädchen retten könnten, sagt Anibel Ferus-Comelo, Autorin der FEMNET-Studie und Aktivistin bei Civil Initiatives for Development and Peace (CIVIDEP), einer weiteren indischen NGO. Medienberichte und öffentliche Aufklärungskampagnen haben in den vergangenen Jahren zu Gesetzen und Verordnungen der Regierung geführt, die den informellen Sektor formalisieren sollen. Allerdings sind die Gesetze ungeschickt formuliert, sodass gefährdete Gruppen noch immer unter wirtschaftlicher und physischer Ausbeutung leiden. Ferus-Comelo fordert eine Beschäftigungsnachweispflicht durch die

Produzenten und die Beförderung von Frauen in leitende Positionen sowohl in den Fabriken als auch in den Schlafbaracken.

In der Modebranche können Verbraucher potenziell großen Druck ausüben. Die miserablen Arbeitsbedingungen, vor allem in Nähereien, rücken immer wieder in das öffentliche Bewusstsein. Katastrophen wie der Einsturz einer Fabrik in Sabhar, Bangladesch, erregten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für kurze Zeit, beeinflussten die Politik langfristig aber kaum. Das sagte Frederike Boll von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) kürzlich auf einer von FES und FEMNET organisierten Konferenz in Bonn. Sie besteht darauf, dass die gesamte Lieferkette berücksichtigt werden müsse.

Einen Verbesserungsansatz bieten Labels, die bessere Sozial- oder Umweltstandards zertifizieren. Es gebe jedoch bislang kein Label, das wirklich die gesamte Wertschöpfungskette umfasse, bemerkt Gisela Burckhardt von FEMNET.

NGOs schätzen den „modern slavery act“ Großbritanniens, der im vergangenen Jahr verabschiedet wurde. Er verpflichtet Unternehmen, ihre Produktionskette transparent zu machen. Studienautorin Ferus-Comelo würde ähnliche Gesetze auch in anderen Ländern begrüßen. „Soziale Verantwortung muss zum Mainstream in Unternehmen werden“, sagt sie. Modefirmen zu boykottieren sei aus ihrer Sicht nicht der richtige Weg. Schließlich bräuchten arme Menschen eine anständige Beschäftigung und Unternehmen erfahrene, gesunde Arbeitnehmer. Die Sumangali-Lager könnten nur in einem Multi-Stakeholder-Ansatz überwunden werden, zusammen mit Verbrauchern, Unternehmen und den Arbeitnehmern selbst, meint sie. *Floreana Miesen*

## Link

**FEMNET e.V., 2016:** Die moderne Form der Sklaverei in indischen Spinnereien.

[http://www.femnet-ev.de/images/downloads/sumangali-Studie-Moderne-Sklaverei\\_2016.pdf](http://www.femnet-ev.de/images/downloads/sumangali-Studie-Moderne-Sklaverei_2016.pdf)



# Harte Zeiten

**Brasilien wird mitten in einer schweren Wirtschaftskrise von einer Regierungskrise erschüttert. Ob Interimspräsident Michel Temer sich halten kann, bleibt abzuwarten.**

Brasiliens Militärdiktatur endete vor 27 Jahren. Jetzt steckt das Land wieder in einer schweren Krise. Doch die politischen Institutionen werden nicht in Frage gestellt, sagt Ricardo Sennes von der Consultingfirma Prospectiva. Er spricht von einer Kompetenzkrise der politischen Akteure.

Anfang 2016 waren im Senat 17 Parteien und in der Abgeordnetenversammlung 25 Parteien vertreten. Die hohe Zahl, so Sennes, verlangt jedem Präsidenten große politische Fähigkeiten ab, weil es schwierig ist, Mehrheiten zur Durchsetzung von Reformen zu bilden.

Luiz Inácio Lula da Silva gelang das gut. Der Vorgänger der mittlerweile suspendierten Präsidentin Dilma Rousseff bildete breite, heterogene Regierungskoalitionen, denen auch Parteien des rechten Flügels angehörten. Er hatte den Rückhalt von etwa 80% des Kongresses, sagt Sennes, und konnte so seine Politik umsetzen. Seiner Nachfolgerin, die ebenfalls der Arbeiterpartei angehört, gelang das nicht.

Sie versuchte sich durch Umbesetzung des Kabinetts dem Einfluss von Lula und ihrem Koalitionspartner, der Mitte-rechts-Partei PMDB, zu entziehen, wie Sennes ausführt. Auch mit der Wirtschaftspolitik ihres Vorgängers habe sie gebrochen. In der Folge habe sie Rückhalt im Kongress verloren. Zunehmend sei sie auf Opposition innerhalb ihrer Koalition gestoßen.

Wegen der wirtschaftlichen Krise wuchsen die Probleme. Inflation und Arbeitslosigkeit stiegen an, die Wirtschaftsleistung ist eingebrochen. Derweil wurden immer heftigere Korruptionsvorwürfe laut. Sennes spricht deshalb von einer multifaktoriellen Krise. In den Skandal um den halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras sind, wie Sennes ausführt, Politiker aller Parteien verstrickt.

Davor wurde Brasilien jahrelang vom Erfolg verwöhnt. Der Anteil der armen

Bevölkerung betrug 2003 noch 27 Prozent und sank bis 2014 auf sieben Prozent. Die Zahl der Hochschulabsolventen stieg von 1998 bis 2014 um das Dreifache. Die Lebenserwartung stieg innerhalb von anderthalb Jahrzehnten um mehr als fünf Jahre auf 75. Solche Errungenschaften gingen mit deutlich höheren Staatsausgaben einher, berichtet Sennes Ende April anlässlich eines Vortrags im Außenbüro der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), die private Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern fördert und seit Mitte der 1960er Jahre in Brasilien tätig ist.

Die politische Krise eskalierte, weil die PMDB nach 13 Jahren die Zusammenarbeit mit der Arbeiterpartei aufkündigte und sich an die Spitze der Bewegung zur Absetzung

Die Amtsgeschäfte führt nun Vizepräsident Michel Temer (PMDB), Rousseffs ehemaliger Koalitionspartner. Er ist in Korruptionsaffären verstrickt und vor einem Amtsenthebungsverfahren nicht gefeit. Wegen illegaler Wahlkampfspenden darf er acht Jahre lang nicht bei Wahlen kandidieren.

Temers Machtübernahme läutet ein vorläufiges Ende von 13 Jahren linksgerichteter Regierung unter Lula und Rousseff ein. In Temers Kabinett sitzen nur ältere weiße Männer. Sie regieren nun ein Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung weiblich ist und sich selbst als schwarz oder farblich definiert. Dass sie die Probleme des Landes in den

Monitor



Temer und Rousseff im Sommer 2015.

von Präsidentin Rousseff setzte. Am 12. Mai bestätigte der Senat das Amtsenthebungsverfahren, welches das Abgeordnetenhaus gestartet hatte. Rousseff ist somit für vorläufig 180 Tage abgesetzt. In dieser Zeit muss der Senat mit Hilfe des Obersten Gerichtshofs die Vorwürfe gegen sie – Bilanztricks zur Verschleierung der Haushaltslage – prüfen. Rousseff selbst spricht von einem Putsch. Sie wirft ihren Widersachern vor, die schlechte Stimmung im Land ausgenutzt zu haben, um einen Machtwechsel ohne Wahlen herbeizuführen.

Griff bekommen, bezweifeln viele Beobachter.

Temer hat versprochen, mehr Markt zuzulassen, ohne die soziale Sicherung zu vernachlässigen. Auf der Agenda stehen aber die Flexibilisierung des Arbeitsrechts, die Reform des Rentensystems sowie Kürzungen von Sozialleistungen. Aus Sennes' Sicht war schon im April klar, dass die Wirtschaftspolitik umgesteuert werden muss – und dass das keine leichte Aufgabe ist.

Dagmar Wolf

# Herausforderung Müll

*Eine Arbeiterin sortiert Abfälle für ein Recyclingzentrum in Hout Bay bei Kapstadt.*





Es ist unmöglich, Abfälle wirklich „weg“zuschmeißen, denn das heißt immer, dass sie irgendwo landen. Für Deponien gibt es nicht genug Platz. Obendrein enthält Müll wertvolle Ressourcen, die recycelt werden sollten, und einige davon werden sonst auf Dauer sogar knapp. Abfallmanagement hat viele Dimensionen – und Beseitigung ist nur eine davon. Vermeidung, Weiterverwendung und Recycling sind mindestens genauso wichtig.

# Leben im Dreck

In den Straßen der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu ist Müll allgegenwärtig. Der Ballungsraum Kathmandu bräuchte ein besseres Abfallmanagement. Dafür gibt es viele Vorschläge, aber es wird nur wenig getan.

Von Roshan Sharma

➔ Kathmandus Straßen, Plätze, Bürgersteige und Wasserläufe sind übersät mit Müll. Die Menschen entsorgen ihren Müll auf öffentlichen Flächen, weil es kein geregeltes Abfallmanagement gibt. In der Regenzeit hat das besonders gravierende Folgen, weil Festabfälle das Abwassersystem und die Entwässerungskanäle verstopfen. Das führt zu Überschwemmungen in der ganzen Stadt.

Laut der Statistikbehörde lebten im Jahr 2013 1,7 Millionen Menschen im Ballungsraum Kathmandu Metropolitan City (KMC). Die Stadt ist sehr dicht bevölkert. Die Ressourcen sind knapp, der Druck auf die Infrastruktur ist enorm. Die Verwaltung ist nicht in der Lage, alle notwendigen Dienstleistungen anzubieten, wozu auch die Abfallbeseitigung gehört. Jahrzehntelange politische Unruhen und das schwere Erdbeben im April 2015 haben die Lage verschlimmert. Die Menschen sorgen sich um ihr tägliches Überleben – nicht um Müll, Hygiene und sanitäre Anlagen.

Früher waren die Bewohner Kathmandus selbst für die Entsorgung ihres Mülls zuständig. Organische Abfälle wurden kompostiert, und das wenige verwendete Plastik wurde meist wiederverwertet. Aber mit dem Bevölkerungswachstum und der wirtschaftlichen Entwicklung seit den 1960er Jahren wuchsen die Müllmengen. Derzeit kommen jeden Tag in Kathmandu rund 450 Tonnen fester Müll zusammen, ohne dass es ein System für dessen Entsorgung gibt. Es hat

sich eingebürgert, den Abfall einfach in Flüssen zu entsorgen.

1971 half die deutsche Entwicklungsorganisation GTZ, die inzwischen GIZ heißt, beim Aufbau einer Mülldeponie in Gorkana. 1986 ging die Anlage erstmals in Betrieb. In den folgenden 14 Jahren wurde sie jedoch immer wieder zeitweise geschlossen, bis ihr Betrieb im Jahr 2000 endgültig eingestellt wurde. Seitdem hat die Verwaltung der KMC mehrere Deponien in und außerhalb der Stadt eingerichtet, aber sie sind meist nur temporär.

Von 1994 bis 2000 nutzte die KMC die westlichen Ufer der Flüsse Bishnumati und Bagmati als Müllhalden. Die Deponie am Bishnumati musste jedoch geschlossen werden, weil sie Vögel anzog, die eine Gefahr für die startenden Flugzeuge des nahe gelegenen Flughafens waren. Später wurde ein Gebiet am Zusammenfluss der beiden Flüsse genutzt, doch aufgrund von Protesten und Sorgen um die Umwelt wurde die Deponie 2005 ebenfalls geschlossen.

Pläne für neue Müllhalden stoßen meist auf starken Widerstand (siehe Kasten, S. 15). Die Menschen fordern den Bau von Krankenhäusern, Schulen und besseren Straßen; sie wollen, dass ihre Häuser an Wasser- und Stromleitungen angeschlossen werden. Und sie wollen keine Mülldeponien in ihrer Nähe haben.

## Tote Flüsse

Der Müll hat den Bagmati optisch verschandelt, und biologisch ist der Fluss tot. In dem Wasser gibt es praktisch kein Leben mehr, und an den Ufern gibt es nur vereinzelte Flecken, auf denen etwas wächst. Damit sank auch die Attraktivität der Sehenswürdigkeiten entlang des Flusses und seiner Nebenläufe. Nepals Wirtschaft hängt stark von den Einnahmen aus dem Tourismus ab. Schon allein deshalb kann sich der Himalaya-Staat die Vernachlässigung seines kulturellen Erbes nicht leisten. Gleichwohl sind alle Flussufer zu informellen Müllhalden geworden.

Seit 2005 nutzen die Behörden eine temporäre Deponie im Bezirk Nuwakot. Deren Kapazität ist

Kathmandus Flüsse sind stark verschmutzt.



Frank Bienevald/Imagebroker/Lineair

jedoch so gering, dass auch angrenzende Gelände genutzt werden. Außerdem gab es Streit um das Hauptgelände. Infolgedessen leiden die Flüsse. Auch das einzige Müllsammel- und Verwertungszentrum von Kathmandu ist zu klein.

Der Müll wird zunehmend zum Gesundheitsrisiko in der dichtbevölkerten Hauptstadtregion. Land, Wasser und Lebensmittel sind kontaminiert. Die Müllhaufen stinken. Häufig wird Abfall verbrannt und verschmutzt die Luft. Vor allem die arme Bevölkerung ist den Gesundheitsrisiken ausgesetzt, nicht zuletzt wegen der Verunreinigung des Trinkwassers durch den Müll. Viele öffentliche Wasserstellen liegen neben

Müllhaufen. So können sich durch Wasser übertragene Krankheiten ausbreiten. Durch verstopfte Abflüsse staut sich Wasser, und die so entstehenden Pfützen sind Brutstätten für Moskitos und andere Krankheitsüberträger.

Wie in anderen Großstädten in Entwicklungsländern wurde auch in Kathmandu das Abfallmanagement vernachlässigt. Selbst die Mülldeponie in Gokarna funktionierte nie richtig und löste seit ihrer Gründung Proteste aus. Weder die Zentralregierung noch die Stadtverwaltung haben das Problem gelöst, obwohl öffentliche Unternehmen eingebunden wurden.

## Nur eine Systemkomponente

Bei modernem Abfallmanagement haben Vermeidung und Recycling Vorrang. Auf Deponien sollte nur landen, was anderweitig gar nicht mehr verwertet werden kann.

Moderne Mülldeponien sind sicherer und sauberer als offene Verbrennung oder Entsorgung im Meer. Es ist aber nicht damit getan, Müll einfach in eine Grube zu schütten. Deponien sind auch nur für Abfälle, die anderweitig nicht verwertet werden können, die wirtschaftlichste Form der Entsorgung.

Schätzungen zufolge landen 95 Prozent der von Menschen verursachten Festabfälle in Deponien. Aus ökologischen und sozialen Gründen sind dafür jedoch kompetentes Design und fachgerechte Verwaltung nötig – und daran mangelt es oft.

Ein Problem ist, dass Mikroben den organischen Abfall zersetzen und dadurch Treibhausgase wie Kohlendioxid und Methan erzeugen. Etwa vier Prozent der weltweiten Klimagase stammen von Deponien. Methan ist zudem leicht entzündlich. Es sollte als Energiequelle genutzt werden, ist aber auch ein Brandrisiko. Weltweit gab es schon viele Unfälle wegen Feuern und Explosionen auf Deponien.

Darüber hinaus können giftige Substanzen und Flüssigkeiten in den Boden und ins Grundwasser gelangen. Solche Kontamination schadet nicht nur dem direkten Umfeld einer Deponie, sondern auch umliegenden Gegenden. Obendrein leiden Menschen in der Nachbarschaft unter dem Gestank, und vor allem daran liegt es, dass Deponiepläne oft auf heftigen Widerstand stoßen. Aus all diesen Gründen müssen

Deponien so gestaltet sein, dass nichts aus ihnen herausdringt.

Moderne Mülldeponien müssen also von Boden und Grundwasser abgedichtet werden. Es dürfen sich auch nicht an falschen Stellen Gase bilden. Grundsätzlich sollten brennbare Gase zur Energieerzeugung genutzt werden. Jedenfalls müssen verschiedene Abfallsorten getrennt werden, um möglichst viel wiederzuverwerten. Mülldeponien sind nur eine Komponente eines umfassenden Abfallmanagementsystems. Für sich genommen, bieten sie keine akzeptable Lösung.

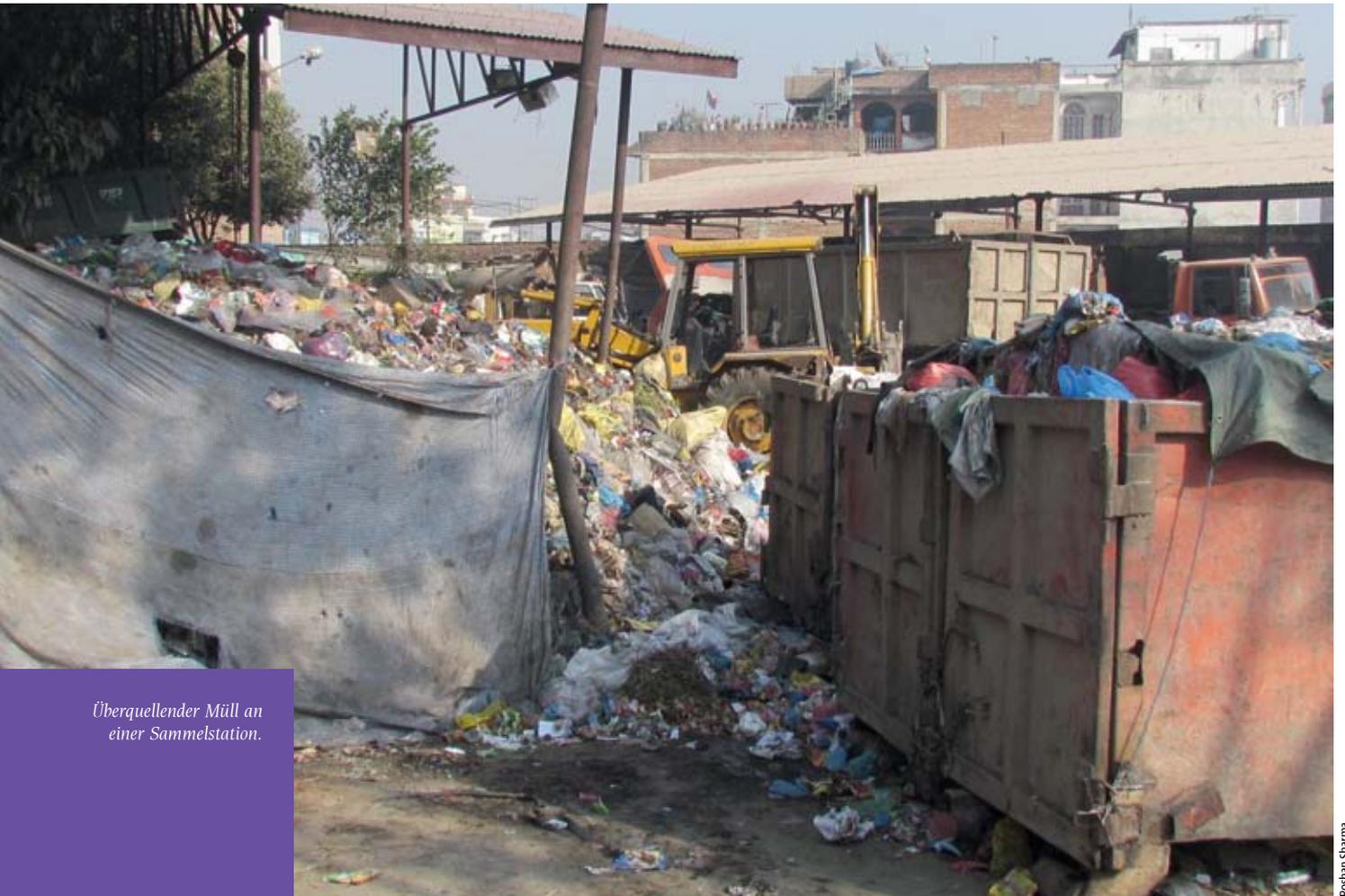
Entscheidungsträger in Entwicklungsländern schrecken jedoch oft davor zurück, alle Aspekte des Abfallmanagements anzugehen. Sie würden am liebsten mit

einer großen Deponie alle Probleme auf einen Schlag lösen. Das wurde früher auch in den reichen Ländern versucht – aber es hat nicht funktioniert. Deshalb verfolgen alle dichtbevölkerten, hochentwickelten Staaten heute ganzheitliche Ansätze.

Moderne Deponien sind zwar nicht so schlimm wie traditionelle Müllgruben. Sie sind aber auch nicht schön, so dass die meisten Menschen sie nicht in ihrer Nachbarschaft haben wollen. Auch deshalb haben Müllvermeidung und Recycling höchste Priorität. Auf Deponien gehört nur, was wirklich keinem Zweck mehr dienen kann.

*Zum Recycling gebündelte Plastikflaschen im Ruhrgebiet.*





Roshan Sharma

Überquellender Müll an einer Sammelstation.



**Roshan Sharma** ist Fachmann für das Management natürlicher Ressourcen. Er absolviert derzeit einen Postgraduierten-Studiengang an der Technischen Universität Köln. [roseanstore@hotmail.com](mailto:roseanstore@hotmail.com)

Eine Schwierigkeit besteht in der mangelnden Stadtplanung. Viele Straßen sind zu eng für die Lastwagen der Müllabfuhr, und auch für Müllcontainer fehlt oft der Platz – ganz zu schweigen von Kompostieranlagen. Die Bevölkerung interessiert sich trotz der Unannehmlichkeiten kaum für das Problem. Es ist nicht mehr üblich, organischen von anorganischem Müll zu trennen. Viel einfacher ist es, den Abfall irgendwo abzuladen oder zu verbrennen.

Auch die Kastenzugehörigkeit spielt eine Rolle. Müllarbeiter gehören meist der marginalisierten Dalit-Kaste an. Straßenkinder und Lumpensammler sammeln Müll ein und sortieren ihn. In den Augen der meisten Nepalesen ist der Umgang mit Müll keine ehrenwerte Arbeit. Kein Wunder also, dass das 2011 verabschiedete Abfallmanagement-Gesetz nicht strikt umgesetzt wird. Die bittere Ironie dieser Haltung ist, dass jeder in der Stadt inmitten von Dreck lebt.

## Möglicher Ausweg

Um das zu ändern, benötigt Kathmandu dringend vernünftige, offizielle Mülldeponien, die gut verwaltet werden. Die Politiker müssen mit den Bürgern vor Ort verhandeln, und die Anrainer müssen finanziell

ausreichend entschädigt werden. Auch Schulen und Gesundheitseinrichtungen in der Nähe von Mülldeponien könnten besonders unterstützt werden. Zur Finanzierung des Abfallmanagements könnte die Regierung auf die Unterstützung von Umwelt- und Klimafonds oder Hilfsorganisationen zurückgreifen.

Kathmandu braucht einen Paradigmenwechsel zu einem ganzheitlichen Ansatz der integrierten Abfallwirtschaft. Umwelteffizienz und soziale Akzeptanz sind genauso wichtig wie Wirtschaftlichkeit. Neben Entsorgung gehören auch Müllvermeidung und Recycling dazu. Verhaltensänderungen müssen sowohl in Privathaushalten als auch in der Industrie stattfinden. Organischer Müll, Plastik- und Papiermüll müssen getrennt entsorgt werden, um sie so gut wie möglich wiederzuverwenden. Die Menschen müssen lernen, Müll als Ressource zu begreifen und nicht als Belastung.

Die Herausforderungen sind enorm, aber politische Entscheidungsträger können etwas ändern. Es müssten Anreize geschaffen werden, damit die Menschen ihren Müll verantwortungsbewusst entsorgen. Möglich wäre ein Pfandsystem für Getränkedosen und -flaschen wie in Deutschland, wo Mülltrennung seit den 1990er Jahren praktiziert wird. ←

# Systematische Arbeit

Wirtschaftswachstum und steigender Konsum führen zu einem starken Anstieg von Müll in Schwellenländern. Dies gilt besonders in Indien, dessen Bevölkerung mit jetzt schon mehr als 1,2 Milliarden Einwohnern weiter wächst. In Mumbai hat die Kunststoffindustrie eine Lösung für die Abfallverwertung gefunden, die die lokale Bevölkerung einbezieht.

Von Oliver Möllenstädt

➔ Haushaltsabfälle in Indien und anderen Schwellenländern bestehen zunehmend aus gebrauchten Verpackungen und Kunststoffabfällen, die sich nicht natürlich zersetzen. Weil Sammel- und Verwertungssysteme fehlen, wirft die Bevölkerung Müll oft achtlos auf die Straße, was Littering genannt wird. Am stärksten betroffen sind die bevölkerungsreichen Metropolen. Plastikabfall, vor allem in Form von Tüten und PET-Flaschen, der über Flüsse oder an den besiedelten Küsten ins Meer gelangt, ist eine Hauptquelle für die Verschmutzung der Meere. Darauf weisen in letzter Zeit auch vermehrt das Umweltprogramm der UN (UNEP), die Europäische Kommission und die deutsche Bundesregierung hin.

Die Kunststoffindustrie ist mit diesem Problem global konfrontiert und beginnt, darauf zu reagieren. Die nationalen Industrieverbände verständigen sich zunehmend auf eine weltweite Zusammenarbeit mit dem Ziel, mehr Kunststoffabfälle zu sammeln und einer professionellen Verwertung zuzuführen.

Im Jahr 2013 erstellten der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) und der indische Kunststoffverarbeiterverband OPPI im Auftrag der deutschen Röchling Stiftung eine Analyse der Rahmenbedingungen für das Kunststoffrecycling im indischen Bundesstaat Maharashtra, dessen Hauptstadt Mumbai ist. Grundlage dafür bildete eine strukturierte Stakeholder-Befragung. Diese Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass es besonders auf dem

Gebiet der Verwertung von Konsum- und Haushaltsabfällen deutliche Verbesserungspotenziale gibt.

In Mumbai wie in anderen Städten sammeln vor allem sogenannte Waste Pickers, überwiegend weibliche Abfallsammler des informellen Sektors, die Kunststoffabfälle ein und verkaufen sie an Zwischenhändler. Das heißt, Plastikmüll wird nur in Kleinstmengen gesammelt und gehandelt. Das macht eine geeignete Verwertung nicht möglich.

Indem die Abfallsammlerinnen in ein strukturiertes Abfallmanagement eingebunden werden, kann die Situation verändert werden. Dies setzt voraus, dass sich das Konzept für die Waste Pickers hinreichend lohnt. Darüber hinaus müssen auch Wohnungsgesellschaften, Schulen, Hotels und andere Abfallproduzenten von dieser Handlungsstrategie überzeugt und eingebunden werden. Um ein entsprechendes Konzept umsetzen zu können, müssen auch die lokalen Rahmenbedingungen wie die infrastrukturell-technischen Gegebenheiten der Abfallsammlung und -sortierung verbessert werden.

Eine solche Lösung wird in Mumbai angestrebt. Die örtliche Nichtregierungsorganisation der Waste Pickers, die Frauenrechtsorganisation Stree Mukti Sanghatana (SMS), plant, insgesamt sieben Sammel- und Sortierstationen in der Metropole einzurichten. Jede der Stationen soll zunächst eine Verwertungs-kapazität von 25 Tonnen pro Monat besitzen. Es wird

*Lokale Müllsammlerinnen sammeln in Mumbai Kunststoffmüll, der recycelt werden soll.*



GKV

davon ausgegangen, dass Kunststoffabfälle jeweils einen Anteil von 7 bis 8 Tonnen pro Monat ausmachen.

Seit 2014 fördert die Röchling Stiftung die Errichtung dieser lokalen Sammel- und Sortierstationen von SMS. Die Stiftung unterstützt eine Einbindung der Waste Pickers in den Prozess der Abfallsammlung und Abfallsortierung finanziell in zunächst zwei ausgewählten Stadtbezirken Mumbais (Chembur-West und Mulund) als Leuchtturmprojekt. Die Stadtverwaltung stellt für das Projekt Abfalltransporter und Fahrer sowie Lager-schuppen und Grundstücke bereit. Für die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Abfallverwertung in den Stadtbezirken wurden folgende Aktivitäten gestartet:

1. Bewusstseinsentwicklung bei der Bevölkerung für die Notwendigkeit eines strukturierten Abfallmanagements.
2. Einbindung der örtlichen Abfallsammlerinnen und Training der Sammlerinnen hinsichtlich der Sortierung von Abfällen.
3. Aufkauf von Müll von örtlichen Abfallsammlern auf der Basis fairer Preise und korrekter Wägung.

4. Abfallsammlung mit Hilfe der städtischen Sammelfahrzeuge und Transport zu den von der Stadtverwaltung bereitgestellten Sammel- und Sortierschuppen.
5. Dokumentation der Sammlung und Weiterverkauf der gesammelten Abfälle, sobald eine ausreichende Menge für das Recycling erreicht ist.

Die vorgesehenen Abfalllagerräume wurden im Rahmen des Projekts renoviert und umgerüstet, unter anderem wurde eine Sicherheits- und Lüftungstechnik eingebaut und Schredder und Ballenpressen angeschafft. Mit der Maßnahme wurden die Arbeitsbedingungen und die wirtschaftliche Lage der mehr als 70 Abfallsammlerinnen in den beiden Stadtteilen verbessert. Das Einkommen der Frauen steigerte sich um etwa 20 Prozent. Die bessere Infrastruktur ermöglicht die Sammlung und Lagerung größerer Mengen von verschiedenen Kunststoffen und den direkten Weiterverkauf an Recyclingbetriebe. Die Organisation SMS geht davon aus, dass sich das Projekt durch die gesteigerte Produktivität wirtschaftlich bald selbst trägt. ←



**Oliver Möllenstädt**

ist Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV).

[o.moellenstaedt@gkv.de](mailto:o.moellenstaedt@gkv.de)

<http://www.gkv.de>

## Neue Plastikwirtschaft

Plastikmüll verreckt die Ozeane. Wenn aktuelle Trends anhalten, wird 2050 das Gesamtgewicht des Kunststoffs in den Meeren dem der Fische entsprechen, und bereits 2025 wird auf drei Tonnen Fisch eine Tonne Plastik kommen.

Diese Zahlen stammen aus einer Studie des Weltwirtschaftsforums (2016). Sie nennt auch andere Umweltschäden, etwa den Ausstoß von Klimagasen bei der Erzeugung und Verbrennung von Kunststoff, was die Autoren mit bis zu 23 Milliarden Dollar im Jahr beziffern. Ein weiteres ernstes Problem seien giftige Kleinstpartikel in der Nahrungskette.

Plastik ist praktisch, schreiben die Autoren. Allerdings werde die Weltproduktion sich in den nächsten 20 Jahren verdoppeln – nachdem sie in den vergangenen 60 Jahren von praktisch null auf über 310 Millionen Tonnen anstieg.

Der Titel der Studie ist: „The New Plastics Economy“. Sie besagt, dass 95 Prozent aller Plastikverpackungen nur einmal verwendet werden und danach entweder auf Deponien und in Verbrennungsanlagen kommen oder die Umwelt verrecken. Material im Wert von bis zu 120 Milliarden Dollar werde so vergeudet. Europa und Nordamerika sammelten Abfall besser ein als Asien, das mittlerweile grob ebenso viel Plastik verbrauche. Allerdings erfordere Nachhaltigkeit viel mehr als gute Sammelsysteme.

Die Studie befürwortet radikalen Wandel mit drei Zielen:

- Intensivere Wiederverwertung nach Erstgebrauch,
- bessere Sammelsysteme und
- Abkopplung der Plastikherstellung von fossilen Rohstoffen.

Um das zu schaffen, müssen Plastikprodukte einheitlicher werden. Ihre Vielfalt erschwert die Wiederverwertung in der chemischen Industrie, weshalb Plastikmüll auch Öl als Rohstoff bislang nicht ersetzen kann. Würden die typischen Kunststoffsorten nach einheitlichen Standards mit einheitlicher Qualität erzeugt, wäre das anders.

Deshalb fordert die Studie ein globales Plastikprotokoll, das Standards definieren würde. Dadurch würde die Kooperation in der Industrie erleichtert, Anreize zur Abfallsammlung geschaffen und Öl verzichtbar gemacht. Die Autoren fordern, Engagement von Politikern, Öffentlichkeitskampagnen und mehr, ehrgeizigere und besser koordinierte Forschung. Sie sehen Privatwirtschaft, Staat, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und internationale Organisationen in der Pflicht.

Die Argumentation leuchtet ein. Ein Schwachpunkt ist aber, dass die Studie für die Durchsetzung des Wandels ein „independent coordinating vehicle“ fordert, aber weder ausführt, wer solch ein Instrument einrichten soll, noch, wie es verfasst sein könnte.

*Hans Dembowski*

### Link

**Weltwirtschaftsforum:** The new plastics economy.

[http://www3.weforum.org/docs/WEF\\_The\\_New\\_Plastics\\_Economy.pdf](http://www3.weforum.org/docs/WEF_The_New_Plastics_Economy.pdf)

# Die sauberste Stadt Sierra Leones

Früher landete der größte Teil des Mülls von Bo auf illegalen Deponien, in Hinterhöfen, in Abwasserkanälen oder wurde verbrannt. Heute bringen Mitarbeiter des städtischen Abfallamts und private Müllsammler 45 Prozent des gesamten Abfalls der zweitgrößten Stadt Sierra Leones zur Deponie, um ihn fachgerechter zu entsorgen und zu recyceln.

Von Jochen Moninger und Raphael Thurn-Valsassina

➔ In den rapide wachsenden mittelgroßen Städten Sierra Leones fallen pro Bewohner täglich etwa 450 Gramm Abfall an. Hinzu kommen 250 Gramm an menschlichen Fäkalien. Fehlende Kanal- und Mülltransportsysteme führen zu einer unregulierten Entsorgung und damit zu hohen Ansteckungsraten vermeidbarer Krankheiten.

Seit 2013 unterstützt die Welthungerhilfe die Stadtverwaltung von Bo bei der Verbesserung ihres Abfallmanagementsystems: Sie bildet freiberufliche Müllsammler, Fäkalgrubenentleerer, Müllverwerter und Händler fort und vernetzt sie mit den staatlichen Behörden. Ein städtisches Abfallamt wurde gegründet und die Transport- und Entsorgungskapazitäten verbessert.

Zusammen mit den traditionellen Autoritäten und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft werden lokale Verordnungen durchgesetzt und Verhaltensregeln verbindlich gemacht. Das entstehende integrierte Abfallmanagementsystem zeigt erste Erfolge:

Bo gilt als sauberste Stadt des Landes, und andere mittelgroße Städte beginnen, das Modell zu kopieren.

## Illegale Deponien

Im Jahr 2013 fielen 24 850 Tonnen Haushaltsmüll und 8000 Tonnen gewerbliche Abfälle in der 200000-Einwohner-Stadt Bo an. Das ist wenig im internationalen Vergleich, war aber zu viel für die öffentlichen Entsorgungssysteme. Zu diesem Zeitpunkt konnte die städtische Müllsammlung nur eine Grundversorgung für rund 30 Prozent aller Haushalte bieten. Trotz der hohen Bereitschaft der Bevölkerung, für Müllentsorgung zu bezahlen, gab es 2014 mindestens 127 illegale Müllabladeplätze in Bo. Zusätzlich landeten die Abfälle in Hinterhöfen, auf brachliegenden Grundstücken, in den Regenabflusskanälen der Hauptstraßen oder wurden verbrannt.

Diese schlechten hygienischen Verhältnisse zusammen mit dem hohen Bevölkerungswachstum

*Die Klin Bo Services holen mit motorisierten Dreirädern Müll ab.*



stellen eine ernste Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung dar. In Bo fielen 2014 etwa 18 250 Tonnen menschlicher Fäkalien an. Ein Kanalisationssystem existiert nicht. 67 Prozent der Stadtbewohner sind auf Latrinen angewiesen, 48 Prozent teilen sich Toiletten mit anderen Haushalten, und 18 Prozent der befragten Haushalte berichteten von einem Überlaufen der Toilettengruben. Das Verrichten der Notdurft im Freien ist weit verbreitet; ebenso die sogenannten fliegenden oder DHL-Toiletten – Plastiktüten werden mit Fäkalien gefüllt und dann auf unregulierte Müllkippen oder in die Regenabflusskanäle der Stadt geworfen.

## Integriertes Abfallmanagementsystem

Ein integriertes Abfallmanagementsystem besteht aus Müllvermeidung, effizientem Abtransport von Abfällen, Verbesserung der Recyclingquote und umwelt- und gesundheitsgerechter Entsorgung von Müll und Fäkalschlamm.

Voraussetzung dafür ist eine funktionierende Verwaltungsstruktur. Bis 2014 war der Mülltransport die einzige öffentliche Dienstleistung. Seit 2015 umfasst ein operativ unabhängiges Abfallamt alle Segmente der Kreislaufwirtschaft, von der Müllsammlung in Kooperation mit Jugendgruppen über den weiterhin öffentlich organisierten Mülltransport und die systematische Förderung von Kleinunternehmen im Recyclingsektor bis hin zum Bau einer kontrollierten Mülldeponie, die voraussichtlich Ende 2016 in Betrieb geht.

Teilbereiche des Müllsektors wurden an die örtliche Privatwirtschaft ausgelagert, etwa die Müll-

sammlung an das Jugendnetzwerk Klin Bo Services oder die Wiederverwertung an sogenannte Waste-to-Wealth-Unternehmer. Über die Förderung von Klein- und Kleinstunternehmen entstand ein formaler Müllmarkt mit Sammlern, Händlern und Verwertern von Wertstoffen. Mit der Zivilgesellschaft und den traditionellen Autoritäten wurden kommunale Gesetze erarbeitet, zum Beispiel ein stadtweites Verbot, Müll unreguliert zu entsorgen.

Für die Auftragsvergabe der Stadtverwaltung an den lokalen Privatsektor in Form von lizenzierten Marktmonopolen für Müllsammelungsdienstleistungen in einzelnen Stadtvierteln und die öffentliche Förderung von Müllverwertern war eine klare Definition von Auftragszielen und die Festlegung von Leistungsindikatoren vonnöten. Das öffentliche Monitoring führt zu einer erhöhten Systemeffizienz, indem Korruption reduziert wird und sich innovative und kostengünstige Verfahren durchsetzen.

Mit diesem Ansatz betrat die Stadtverwaltung landesweit Neuland. Das „Bo-Modell“ wurde in verschiedenen nationalen Gremien diskutiert und auf Ministerialebene vorgestellt. Die positive Außendarstellung und der Gewinn des ‚Best City Council Awards 2015‘ trugen erheblich zur lokalen Ownership des Entwicklungsprozesses bei.

## Müllabholung an der Haustür

Ursprünglich unterhielt die Stadtverwaltung 12 Sammelstellen, an denen die Bevölkerung ihren Hausmüll gebührenfrei abgeben konnte. Den kosten-

Plastikflaschen werden zu Straßenpflaster: Steine aus PET-Plastik-Sandgemisch.



**Jochen Moninger**

war bis Dezember 2015 Landesdirektor Sierra Leone für die Welthungerhilfe; seit Januar ist er Innovationsmanager der

Stabsstelle in Bonn.

[jochen.moninger@welthungerhilfe.de](mailto:jochen.moninger@welthungerhilfe.de)

## Förderung der Kreislaufwirtschaft

Die Herstellung von Recycling-Produkten aus Wertstoffen wie Glas, Metall, Plastik, Papier etc. soll in Bo gezielt gefördert werden. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Kompostierung, weil organische Abfälle den überwiegenden Teil des Müllaufkommens in Sierra Leone ausmachen. Entlang der Wertschöpfungskette werden damit Arbeitsplätze geschaffen. Zudem werden wichtige Rohstoffe durch die lokale Industrie wiederverwertet und Kosten für die Depositionierung sowie Umweltschäden reduziert.

Viele Materialien im Abfall können durch den Aufbau von Wertschöpfungsketten ökonomisch sinnvoll verwertet werden. Mehr als 20 registrierte Kleinunternehmen sind seit 2013 in Bo entstanden und haben sich in einem „Waste-to-Wealth“-Interessenverband zusammengeschlossen. Der lokale Müllverwertungssektor entwickelt sich zu einem attraktiven und dynamischem Geschäftsfeld:

- Aus Aluminium entstehen Töpfe, Figuren und Schmuck;



Welthungerhilfe

- aus Kunststoff und Sand werden Pflastersteine;
- ausgediente Plastiktüten liefern Material für neue Handtaschen;
- Plastikflaschen werden zu Seilen;
- aus Stoffresten werden neue Kleider und Tragetaschen genäht;

aufwendigen Transport zur Deponie übernahm die Stadtverwaltung. Allerdings nutzte weniger als ein Drittel der Bevölkerung dieses System. Zudem erfolgte der Abtransport nicht zuverlässig – die Müllcontainer liefen regelmäßig über. Menschen, die an den Sammelstellen wohnten, zündeten die Container an, um das Aufkommen von Fliegen zu unterbinden und die Geruchsbelästigung zu verringern.

In einer von der Welthungerhilfe durchgeführten Umfrage zeigte sich ein großer Teil der Bevölkerung bereit, eine Müllgebühr zu bezahlen, falls der Haushaltsabfall zuverlässig und direkt an der Tür abgeholt wird.

2013 ergänzte die Stadtverwaltung ihr System der Müllsammelstellen um ein Müllabholsystem. Dazu unterteilte sie das Stadtgebiet in zehn Zonen und vergab für jede Zone ein Monopol zur Müllabholung an Jugendgruppen. Diese sollten sich ihren Kundestamm selbstständig aufbauen. Die Müllabholer organisierten sich im Netzwerk Klin Bo Services, um mit einer Stimme ihre Interessen gegenüber der Stadtverwaltung vertreten zu können. Um die Kundenintegration in das neue System zu fördern, wurde gleichzeitig die Anzahl der Müllsammelstellen auf sieben reduziert.

Um die Betriebskosten zu reduzieren, wurden die Gruppen auf vier Organisationseinheiten verringert – ein Reformschritt, der mit Unterstützung des Abfallamts 2015 durchgeführt wurde. Gleichzeitig erwiesen sich die Fahrzeuge für den Mülltransport, motorisierte Dreiräder mit einer Transportkapazität von nur 350 Kilogramm, als nicht optimal. Die häufigen Wege von

- Bioabfälle liefern wertvollen Kompostdünger oder werden zu Bio-Kohle-Briketts geformt, die als Ersatz zur herkömmlichen Holzkohle verwendet werden;
- aus alten Autoreifen entstehen Sandalen, Keilriemen oder Schöpfgefäße.

Durch die gezielte Förderung von Recyclinginitiativen entwickelt sich eine rege lokale Nachfrage nach Wertstoffen, was die Sammlung und Trennung von Müll wirtschaftlich attraktiv macht. Die Müllproduzenten, wie Privathaushalte, Geschäfte oder Restaurants, erhalten dadurch die Möglichkeit, sortierte Wertstoffe gewinnbringend an Verwerter zu verkaufen. Einige Abfallsorten werden in Bo bereits mit stetig steigenden Preisen gehandelt. Verwerter von Plastik und Getränkedosen haben damit begonnen, Wertstoffe aus Nachbarstädten anzukaufen. Der Markt nimmt die Form einer Auktion an. Derzeit sind 26 spezialisierte Müllhändler in Bo aktiv.

den Wohnhäusern zu den Containern beanspruchten die Dreiräder zu stark. Die zusätzliche Anschaffung von Kleinlastwagen mit einer Transportkapazität von zwei Tonnen schaffte Abhilfe.

Während das Geschäftsmodell mit den Dreirädern darauf ausgelegt war, den Müll von den Häusern zu den Sammelstellen zu bringen, wird er nun direkt zur Deponie transportiert. Die Stadtverwaltung subventioniert diesen weiteren, teureren Transport.

Mit der Einführung der Müllabholung durch Jugendgruppen wurde die Versorgungsrate in Bo 2015 auf 41,3 Prozent der Haushalte gesteigert. Die Verlässlichkeit des Gesamtsystems verbesserte sich ebenfalls erheblich, was Kundenbefragungen belegen.

## Pumpen zur Grubenentleerung

Eine mechanisierte Grubenentleerung mit Tankwagen ist aufgrund des engen Straßennetzes in Bo und unzugänglicher und schlecht gebauter Fäkalgruben häufig nicht möglich. Dann kommen manuelle Entleerer, auch „Night Soil Men“ genannt, zum Einsatz. Sie steigen traditionell ohne Schutz in die schmalen Klärgruben und setzen sich Glasscherben, Nadeln und anderen gefährlichen Gegenständen aus. Die Fäkalien werden in der Regel in eine seichte Grube entleert, welche zuvor im Garten oder Hinterhof des Kunden ausgehoben wird. Der Vorgang birgt für alle Beteiligten ein großes Gesundheitsrisiko.

Die Einführung von Handpumpen hat die Arbeit der manuellen Grubenentleerer revolutioniert. Sie sind einfach zu bedienen und können vor Ort nachgebaut werden. Mittels der Pumpen wird der Fäkalschlamm aus den Gruben in einen Tank gepumpt, der an einem einfachen Fahrzeug – zum Beispiel einem motorisierten Dreirad – angebracht ist. So kann der Fäkalschlamm zur Behandlung außerhalb der Stadt abtransportiert und dort grundwasser-schonend und fachgerecht entsorgt werden. Zudem entfällt das zeitaufwändige – und für den Kunden kostensteigernde – Ausheben von Gruben zur lokalen Entsorgung.

Insgesamt haben die Neuerungen in Bos Abfallmanagement zu großen Verbesserungen geführt. In der zweiten Jahreshälfte 2015 brachten Mitarbeiter des städtischen Abfallamts und private Müllabholer zusammen durchschnittlich 280 Tonnen Abfall pro Woche zur Müllhalde. Das waren 45 Prozent des angefallenen Mülls. Die Rate hat sich damit in drei Jahren verdoppelt. Die derzeit benutzte Halde Mile 5 außerhalb der Stadtgrenzen wird im Laufe dieses Jahres zu einer lizenzierten, den Mindeststandards entsprechenden Mülldeponie ausgebaut. Neben einem System zur fachgerechten Müllablagerung soll dann auch eine Kompostierungsanlage etabliert werden. ←



**Raphael Thurn-Valsassina**

ist Projektleiter des Abfallmanagementprojekts in Bo.  
[raphael.thurn@welthungerhilfe.de](mailto:raphael.thurn@welthungerhilfe.de)

# Voneinander lernen

Kapstadt und Aachen arbeiten gemeinsam an nachhaltiger Stadtentwicklung. Der Umgang mit Abfällen ist dabei ein zentrales Thema. Die beiden Städte stehen vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen, haben aber auch Gemeinsamkeiten. Im Austausch sammeln sie Ideen und lernen voneinander.

Von **Regina Brück**, **Hermann-Josef Ostlender**, **Mona Plate** und **Gabriele Schütz-Lembach**

➔ Das von Engagement Global finanzierte Projekt „Voneinander lernen – für eine nachhaltige Stadt!“ startete Anfang 2015. Nach einem Vorbereitungstreffen in Kapstadt vereinbarten die Projektverantwortlichen gegenseitige Arbeitsbesuche, um die Arbeitsweisen und Nachhaltigkeitsstrategien sowie die rechtlichen Grundlagen der beiden Kommunen miteinander zu vergleichen.

So lernte eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung Kapstadt in einem einwöchigen Aufenthalt sämtliche Facetten der Abfallwirtschaft in der Region Aachen kennen, die in der Hand des kommunalen Unternehmens

AWA Entsorgung GmbH liegt. Neben der Besichtigung von Anlagen wie einer Müllverbrennungsanlage, einer Biovergärungsanlage, Wertstoffhöfen und Deponien erhielt sie Einblick in die gesetzlichen Grundlagen und die vielfältigen Gebühren- und Sammelstrukturen. Besonders interessant für Kapstadt waren die Aktivitäten der Abfallberatung in Aachen: wie und auf welchen Informationskanälen die Bürger über Abfallvermeidung, -verwertung und -trennung informiert werden.

Beim Gegenbesuch in Kapstadt besuchten zwei AWA-Mitarbeiter ebenfalls Anlagen und Annahmestationen. Vorträge und Diskussionsrunden über das

Müllwerkerinnen in  
Doornbach.



**Regina Brück**  
ist Sachbereichsleiterin  
Abfallberatung bei der AWA  
Entsorgung GmbH.  
[info@awa-gmbh.de](mailto:info@awa-gmbh.de)



Ostlender

Abfallmanagement in der Vier-Millionen-Metropole ergänzten den Austausch.

In ihrer Arbeit sehen sich die Mitarbeiter aus Deutschland und Südafrika mit ganz unterschiedlichen Herausforderungen und Problemen konfrontiert, die aus großen strukturellen und sozialen Unterschieden resultieren. Zum Beispiel gibt es in Kapstadt, anders als in Aachen, keinen flächendeckenden „Anschluss- und Benutzungszwang“. Daher ist die Finanzierung der Abfallwirtschaft schwierig.

Wertstofffassungssysteme wie in Deutschland, die sich durch Gebührenstabilität auszeichnen, befinden sich in Kapstadt erst im Aufbau. Dort bringen Müll-Erzeuger und -Einsammler Wertstoffe direkt zu Recyclingstellen und bekommen sie dort bezahlt.

Ein anderer wichtiger struktureller Unterschied besteht darin, dass die Entsorgungswirtschaft in

Deutschland stark technisiert, in Kapstadt aber bewusst als arbeitsintensiver Wirtschaftszweig organisiert ist. Dort werden die im Stadtgebiet getrennt erfassten Wertstoffe in Sortierzentren in einer größeren Sortiertiefe als in Deutschland aufbereitet und lokal ansässigen Verwertungsbetrieben zugeführt. Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen hat soziale Integration einen hohen Stellenwert: Geringqualifizierte haben zum Beispiel in Sortieranlagen die Chance zum Erwerb von niedrigschwelligen Qualifikationen.

## Deponien und Recycling

Siedlungsabfälle landen in Kapstadt auf Mülldeponien; die Müllverbrennung ist rechtlich untersagt. Die Deponie Visserhok, eine der wichtigsten Entsorgungsanlagen der Stadt, hat ein Multibarriersystem – unterteilte Ablagerungsbereiche, Eingangskontrolle,

## Innovative Projekte

Es gibt in Kapstadt eine Reihe innovativer privatwirtschaftlicher Recyclingprojekte. Der Betreiber der einzigen Bauschutt-Recyclinganlage zerkleinert beispielsweise nicht nur den Straßenaufbruch und Beton und verkauft ihn als Schotter. Mit Hilfe der gewonnenen Sekundärrohstoffe produziert er auch Beton- und Pflanzsteine.

Ein großes Einkaufszentrum betreibt eine eigene Biovergärungsanlage. Die gesamten Bioabfälle des Einkaufszentrums von circa 600 Kilogramm pro Tag werden von Hand sortiert, maschinell zerkleinert und vergoren. Die daraus gewonnene Energie wird für die Beleuchtung und die Klimaanlage genutzt.

In unmittelbarer Nähe eines Gemüsegroßmarktes ist eine Wurmfarm angelegt worden, die die Bioabfälle des Marktes zu Kompost verarbeitet. Dieser düngt die angrenzenden Felder. Die Universität Kapstadt begleitet das Projekt wissenschaftlich. Die Ergebnisse einer Studie zeigen, dass die mit dem Kompost gedüngten Pflanzen weniger anfällig für Krankheiten sind und keinen Kunstdünger mehr benötigen.

Auch das beste Hotel der Stadt betreibt Wurmkompostierung. Alle organischen Abfälle des Hotels werden in einem separaten Gebäude in Wurmboxen zu Kompost verarbeitet, der wiederum im Park des Hotels zum Einsatz kommt.



*Projektbeteiligte besuchen die Wurmfarm.*



**Hermann-Josef Ostlender**

ist Abteilungsleiter Kundenservice bei der AWA Entsorgung GmbH.

Dokumentation der eingebauten Abfälle –, das die gleichen Standards aufweist wie deutsche Deponien. Allerdings wird hier keine Gaserfassung und -verwertung durchgeführt. Probleme bereitet eine Flächen-nutzungskonkurrenz der Deponie mit schnell errichteten Siedlungen.

Angesichts der immer knapper werdenden Depo-niefläche zielen viele Kapstädter Maßnahmen auf die Verringerung der Restmüllmenge. Programme zur Abfallminderung und -vermeidung und die Erhöhung der Recyclingraten für Papier, Glas, Metall und Kunst-stoffe sowie die Kompostierung der Grünabfälle sind die wichtigsten Projekte (zu Beispielen für innovative Projekte siehe Kasten unten).

In Kapstadt gibt es 20 Wertstoffhöfe, die zumeist von privaten Entsorgungsbetrieben im Auftrag der Stadt geführt werden. Dort können die Bürger kostenlos Abfälle getrennt abgeben; zum Teil werden sie auch von Recyclingfirmen getrennt. Auffal-lend ist die sehr gute Sortierqualität der angeliefer-ten Wertstoffe und die Sortiertiefe; beispielsweise werden Kunststoffflaschen nach Farben getrennt. Je besser sortiert ist, desto höher ist der Verkaufswert.

Auch in informellen Siedlungen gibt es Projekte zur Mülltrennung. Aufgrund der engen Bebauung ist der Einsatz von Fahrzeugen oftmals nicht möglich. Deshalb sind einzelne Bewohner des Viertels mit dem Einsammeln von Abfällen und Wertstoffen beauftragt und erhalten dafür eine Entlohnung.

Ein weiteres erfolgreiches Projekt sind die soge-nannten Swap Shops. Privatleute sammeln Kunst-stoffe (Flaschen, Folien, Eimer, Gartenstühle usw.), geben diese in den Swap Shops ab und erhalten dafür

Wertmarken, die sie gegen Dinge des täglichen Lebens und Nahrungsmittel eintauschen können. Mitarbeiter sortieren und verpacken die Kunststoffabfälle und verkaufen sie an eine Recyclingfirma weiter. Von dem Geld wird die Ware für den Eintausch der Wertmarken gekauft.

Diese Initiativen sorgen dafür, dass Abfall auch in problematischen Gebieten ordnungsgemäß gesam-melt wird. Durch Sortierung wird die zu deponierende Menge verringert. Gleichzeitig entstehen Verdienst-möglichkeiten.

Auch die Aufklärungsarbeit über den richtigen Umgang mit Abfällen, Abfalltrennung und Abfallver-meidung spielt in Kapstadt eine bedeutende Rolle. Ein Team von Mitarbeitern erarbeitet Programme für Schulen, Universitäten und viele andere Zielgruppen und führt diese durch.

## Resümee

Das Austauschprojekt hat beiden Seiten neue Ideen und Anregungen für die Arbeit in der eigenen Kom-mune gebracht. Viele Ansätze sind für beide Städte nützlich. Die Kapstädter wollen zum Beispiel den Einsatz von Recyclingprodukten bei Aufträgen der Stadtverwaltung vorantreiben. Temporäre Erfas-sungssysteme wie Grünschnittcontainer oder mobile Schadstoffsammlungen sollen auf ihre Übertragbar-keit geprüft werden. Umgekehrt will Aachen Initia-tiven und Ideen der Abfallpädagogik übernehmen, etwa Papierschöpfen oder Upcyclingprojekte. Dazu sind gemeinsame Workshops geplant. In Kapstadt besteht zudem Interesse am Konzept des Aachener Beratungsmobils. Der Austausch soll in einer neuen Projektphase fortgesetzt werden. ←



**Mona Plate**

begleitet das Projekt

„Voneinander lernen – für eine nachhaltige Stadt!“ für die Stadt Aachen.

mona\_plate@web.de



**Gabriele Schütz-Lembach**

ist bei der Stadt Aachen für das Projekt zuständig.

## Vorreiter Kapstadt und Aachen

Kapstadt und Aachen arbeiten seit Ende der 1990er Jahre im Rahmen einer Agenda-21-Partnerschaft eng zusammen. In der Vergangenheit gab es Austauschprojekte für Schüler und Studenten sowie kunst- und umweltpädagogische Projekte zu Querschnitts- und Nachhaltigkeitsthemen. Grundlage für diese Zusammenarbeit ist ein Memorandum of Agreement, in dem Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft im Jahr 2007 die Ziele und Inhalte ihrer Zusammenarbeit festgelegt haben. Sie werden alle drei bis fünf Jahre überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Aachen-Kapstadt-Partnerschaft ist beispielhaft für andere Entwicklungspartnerschaften im Kontext der Ziele der Agenda 21.

Die Stadtverwaltungen haben auf Initiative des Aachener Fachbereichs Umwelt beschlossen, die Zusammenarbeit im Bereich Nachhaltigkeit auf die

Mitarbeiter der Verwaltungen auszudehnen und so die Ziele der Agenda 21 auch auf kommunaler Ebene zu stärken. Es entstand das Projekt „Voneinander lernen – für eine nachhaltige Stadt!“ (siehe Haupttext). Für die Teilnahme an dem Projekt wurde das Fachgebiet Abfallwirtschaft ausgewählt.

Abfall spielt beim Thema Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle. Relevante Stichworte sind etwa verschwenderische Konsummuster, Klimarelevanz und Rohstoffpotenzial. Diese „großen“ Themen müssen alltagsge-recht und nachvollziehbar für verschiedene Zielgruppen aufbereitet werden. Die Kommunen verfügen als Ordnungsbehörden neben ihrer Kontrollfunktion durch die von ihnen beauftragten Unternehmen auch über weitreichende ökologische Gestaltungsmöglichkeiten.

# „Anreize ermutigen zum Recycling“

In Lagos, Nigerias größter Stadt und Wirtschaftsmetropole, werden nur schätzungsweise 40 Prozent des Mülls von offiziellen Abfallentsorgungsbetrieben beseitigt. Recycling wäre wichtig und wirtschaftlich sinnvoll, und das Startup Wecyclers möchte dazu beitragen. Die Mitgründerin Bilikiss Adebisi-Abiola erklärte Eva-Maria Verfürth das Konzept im Interview.

Interview mit Bilikiss Adebisi-Abiola

## Wie sind Sie auf die Idee gekommen, Wecyclers zu gründen?

Die Idee ist entstanden, als ich an der Sloan School of Management des Massachusetts Institute of Technology in den USA studiert habe. Ich hatte vorher fünf Jahre als Softwareentwicklerin bei IBM gearbeitet. Ich wurde beauftragt, eine Studie zu machen, um Menschen an der „Bottom of the Pyramid“ zu helfen – also jenen, die von weniger als zwei Dollar am Tag leben. Ich habe mich für das Thema Müll entschieden, seine Entsorgung und Wiederverwertung. Unser Projektteam sah großes Potenzial im Recyclingsektor in Nigeria. Unter anderem deshalb, weil produzierende Betriebe hier günstigeren und einfachen Zugang zu Material brauchen. Nachfrage nach ihren Gütern besteht im In- und Ausland. Ich habe die Idee weiterverfolgt – und so ist Wecyclers entstanden.

## Haben Menschen aus einkommensschwachen Gegenden nicht drängendere Probleme als Recycling?

Die städtische Müllentsorgung ist in Entwicklungsländern meist überlastet. Abfall verstopft die Wasser-

leitungen und ist unhygienisch; die Gesundheitsrisiken sind gravierend. Das betrifft Millionen von Menschen. Darüber hinaus untergräbt der herumliegende Müll den Stolz der Menschen auf ihre Stadtviertel. Bei Wecyclers lösen wir beide Probleme, indem wir wiederverwertbare Abfälle sammeln und sanitäre Dienstleistungen anbieten.

## Wieso nutzen Sie Fahrräder, um den Müll einzusammeln?

Wir nennen unsere Lastenfahrräder „Wecycles“. Sie werden vor Ort hergestellt und von Jugendlichen aus den jeweiligen Stadtvierteln gefahren. Wir haben uns dafür entschieden, weil die Wecycles kostengünstig sind und wir sie auch in sehr dicht bewohnten Gebieten verwenden können.

## Wie finanzieren Sie sich?

Wir verkaufen verarbeitete, wiederverwertbare Materialien an Recyclingbetriebe, werden aber auch gesponsert.

## Welche Anreize bieten Sie Klienten, damit sie Ihnen wiederverwertbaren Müll überlassen?

Haushalte bekommen für jedes Kilogramm verwertbaren Müll, den sie bei uns abgeben, Punkte. Die gesammelten Punkte können sie dann gegen Prämien eintauschen wie Haushaltsgeräte, Handys, Prämien und verschiedene gesponserte Produkte. So werden die Vorteile des Recyclings für unsere Kunden greifbar. Diese Anreize sollen die Menschen ermutigen, freiwillig ins Recycling einzusteigen.

## Wie ist das Feedback der Kunden?

Sie sind begeistert, glücklich, bei einer Initiative mitzumachen, die ihre Umwelt schützt. Seit Beginn haben sich bei uns über 10 000 Haushalte angemeldet und wir haben über 100 Arbeitsplätze geschaffen.

## Sie kooperieren mit der städtischen Abfallentsorgung, der Lagos Waste Management Authority (LAWMA). Wie ist diese Zusammenarbeit entstanden?

Als ein Abfallentsorger, der sich auf Recycling spezialisiert hat, müssen wir mit LAWMA zusammenarbeiten. Wir mussten beispielsweise erst einmal die Genehmigung bekommen, wiederverwertbaren Müll einzusammeln. Außerdem hat LAWMA uns Stellen gegeben, die wir als Entsorgungszentren nutzen können, und uns mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Die kommunale Institution ist ein wertvoller Partner und Unterstützer.

Bilikiss Adebisi-Abiola  
auf einem Wecycle.



**Bilikiss Adebisi-Abiola**

ist Mitgründerin und Geschäftsführerin von Wecyclers in Lagos.  
[bilikiss@wecyclers.com](mailto:bilikiss@wecyclers.com)  
<http://wecyclers.com/>



Wecyclers

# Gemeinsames Trennen verbindet

Die vielen syrischen Flüchtlinge im Libanon tragen zur Überforderung der Infrastruktur und Verwaltung bei – was sich auch in der Müllsituation niederschlägt. In einer Kleinstadt in der Bekaa-Ebene, wo die meisten Syrer untergekommen sind, nehmen die Menschen das Problem nun selbst in die Hand.

Von Mona Naggar

➔ In Bar Elias, etwa zwölf Kilometer von der syrischen Grenze entfernt, gibt es seit kurzem eine Recycling-Arbeitsgruppe. Sie besteht aus Flüchtlingen, die in einem Lager leben, und aus libanesischen Bewohnern des angrenzenden Stadtviertels.

Im Rahmen des Projekts trennen 53 Familien aus beiden Gruppen in ihren Haushalten Plastik und Blech. Das gesammelte Material wird verkauft, und von dem Erlös soll ein Anliegen finanziert werden, das Syrern und Libanesen gleichermaßen zugutekommt. Im Gespräch sind ein neuer Anstrich für das Schulgebäude und die Reparatur des öffentlichen Wasserhahns.

In dem Flüchtlingslager, offiziell Informal Tented Settlement genannt, leben etwa 15 Familien, die aus dem Umland der nordsyrischen Stadt Aleppo geflohen sind. Die Kieswege zwischen den Hütten sind gepflegt, es liegt kein Müll herum. Eine der Bewohnerinnen ist Amina Hussaini. Die junge Frau sagt, sie habe die Abfalltrennung gut in ihren Alltag integriert. Die Kinder hätten zwar am Anfang immer wieder Plastik verkauft, um Geld für Eis und Süßigkeiten zu bekommen. Aber nun funktioniere es reibungslos.

Am Ortseingang von Bar Elias, das an der Hauptverbindungsstraße zum syrischen Grenzübergang Masnaa liegt, steht auf einem Schild: „Einwohnerzahl 50 000“. Doch damit sind nur die Libanesen gemeint. In den vergangenen Jahren sind viele Syrer dazu gekommen: nach Angaben des Bürgermeisters ungefähr 70 000. Laut UNHCR leben in der Bekaa rund 35 Prozent der mehr als eine Million im Libanon registrierten syrischen Flüchtlinge.

Die Gegend galt schon immer als arm und unterentwickelt. Die Menschen leben hauptsächlich von der Landwirtschaft und vom Grenzhandel mit Syrien. Der schnelle Bevölkerungszuwachs hat den Konkurrenzkampf um Ressourcen angefacht.

Fayez Okasha, der aus Bar Elias stammt und bei dem Recycling-Projekt mitmacht, sagt, dass die ohne-

hin begrenzten Arbeitsplätze und die desolote Infrastruktur nicht mitgewachsen seien: „Diese prekäre Situation führt dazu, dass viele Libanesen die Syrer als Last empfinden.“

Medyan Al-Ahmad, der seit vier Jahren in einem Flüchtlingslager in der Nähe von Bar Elias lebt, erklärt, wie Probleme zwischen Einheimischen und Flüchtlingen entstehen: „Müll aus einem Flüchtlingslager landet auf dem benachbarten Grundstück von Libanesen. Oder Einheimische beschwerten sich über den Geruch der Kanalisation vom Lager in ihrer Nähe.“

Das Recycling-Projekt entstand Schritt für Schritt. Mit dabei waren Alaa Alzaibak und Medyan al-Ahmad, die bei der syrischen Organisation Basmeh und Zeitooneh aktiv sind. Die NGO ist in der humanitären Hilfe tätig und unterstützt Flüchtlinge und Gastgemeinschaften in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur. Sie ist Partner der deutschen Organisation Forum Ziviler Friedensdienst, die das Projekt begleitet (siehe hierzu auch den Beitrag in E+Z/D+C 2014/05, S. 158).

„Unser Ziel ist es, Spannungen zwischen Syrern und Libanesen in Bar Elias abzubauen und die beiden Bevölkerungsgruppen einander näher zu bringen“, sagt Alaa. Das soll durch ein Vorhaben erreicht werden, das aus den Bedürfnissen von Syrern und Libanesen vor Ort entsteht, an dem beide mitwirken und von dem beide profitieren.

In der Vorbereitung des Projekts entwickelten die Aktivisten von Basmeh und Zeitooneh Fragebögen, in denen sie die Bedürfnisse der Libanesen und Syrer abfragten. Beide Bevölkerungsgruppen gaben an, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Infrastruktur für sie oberste Priorität haben. Zur Debatte standen mehrere Ideen, etwa Instandsetzung der Bürgersteige, Begrünung der Stadt, Anlegen eines Gartens und das Recycling-Projekt, das schließlich realisiert wurde.



picture-alliance/dpa

Die Aktivisten wollen sich nach und nach zurückziehen und die Umsetzung ganz in die Hand der Arbeitsgruppe legen. Laut Alaa zeigt das Projekt bereits erste Erfolge: „Die libanesischen und syrischen Bewohner des Viertels sprechen miteinander und versuchen gemeinsam, Probleme zu lösen.“

Abfallentsorgung ist ein brisantes Thema im Libanon. Im Sommer 2015 sorgten die Müllberge in den Straßen Beiruts sogar international für Schlagzeilen. Die Müllkrise hat allerdings nichts mit den Syrern zu tun. Sie ist Ausdruck eines fehlenden nationalen Plans zur Abfallentsorgung. Seit dem Ende des Bürgerkrieges 1989 hat sich keine libanesisches Regierung dieses Themas ernsthaft angenommen.

In der Bekaa stellt die Flüchtlingskrise die ohnehin überlasteten kommunalen Verwaltungen vor große Herausforderungen. In Bar Elias musste die Mülldeponie, die außerhalb des Ortes liegt, immer mehr Abfall aufnehmen. Er ist unsortiert und lagert im Freien auf einem nicht präparierten Boden.

Yahya Faris, der mit seiner Familie in einem Lager in Bar Elias wohnt, hat dafür gesorgt, dass die Kommunalverwaltung eine große Mülltonne vor das Lager stellte. Der Müll werde aber nicht regelmäßig abgeholt – manchmal alle zehn Tage, manchmal nur alle zwei Wochen. Es komme vor, dass der Müll nicht mehr in die Tonne passt und sich die libanesischen Nachbarn beschweren. Faris stört auch die Müllverbrennung, die immer wieder in der Deponie stattfindet. Der Rauch werde ins Lager geweht. Das sei sehr unangenehm, und er mache sich Sorgen um die Gesundheit seiner Kinder.

In einer Untersuchung von OCHA, dem UN-Büro für humanitäre Angelegenheiten, im Jahr 2015 gehörte Bar Elias in Bezug auf Umwelt und Ökosystem zu den am meisten gefährdeten Gemeinden im Libanon. Das Fehlen eines Müll- und Abwasserplans und die extensive Nutzung des Landes für Siedlungszwecke belasten Böden, Grundwasser, Natur und Gesundheit der Menschen.

Das libanesisches Umweltministerium fordert weitreichende Projekte, um den Gemeinden unter die Arme zu greifen. Anders als zu Beginn der Syrienkrise, als die internationalen Geber sich ausschließlich um die Flüchtlinge kümmerten, werden nun vermehrt auch die Bedürfnisse der Gastgemeinschaften berücksichtigt. In Bar Elias finanziert die EU den Umbau der Mülldeponie und die Errichtung von Recycling- und Kompostieranlagen.

Nach Aussagen des Bürgermeisters werden in naher Zukunft 70 Prozent des Abfalls wiederverwertet und der Rest fachgerecht gelagert. Ende 2016 gehen die neuen Anlagen in Betrieb. Sowohl die Libanesen als auch die Syrer in der Region hoffen, dass sich dann nicht nur die Müllsituation verbessert, sondern auch Arbeitsplätze entstehen. ←

#### Quellen

**Environmental Assessment of the Syrian Conflict EASC & Priority Interventions 2014:**

<http://www.undp.org/content/dam/lebanon/docs/Energy%20and%20Environment/Publications/EASC-WEB.pdf>

**Updated Factsheet:**

<http://www.moe.gov.lb/getattachment/dd4e6574-a959-47c1-b2ed-1fc1847b7515/Updated-Fact-Sheet-December-2015-Environmental-Ass.aspx>

*Der Libanon bekommt sein Müllproblem nicht in den Griff. Müllberge an einer Straße in einem Vorort von Beirut.*



**Mona Naggari**

ist Journalistin und Medientrainerin. Sie lebt in Beirut.

[mona.naggari@gmail.com](mailto:mona.naggari@gmail.com)

# „22 Kilogramm pro Kopf und Jahr“

Elektro- und Elektronikschrott – kurz E-Schrott – enthält viele Wertstoffe, die für künftige Produktion gebraucht wird. Für Recycling auf Stand der Technik sind aufwändige industrielle Prozesse nötig. Wie Rüdiger Kühr von der Universität der Vereinten Nationen (UNU) und der internationalen Initiative StEP („Solving the E-Waste Problem“) Hans Dembowski im Interview erläuterte, gehört Deutschland in Sachen Sammlung solcher Abfälle allerdings nicht zur Weltspitze.

## Interview mit Rüdiger Kühr

### Warum gehören alte Elektro- und Elektronikartikel nicht einfach in den Müll?

Diese Art von Schrott enthält viele verschiedene Stoffe. In einem gewöhnlichen Mobiltelefon steckt ungefähr die Hälfte der chemischen Elemente des Periodensystems – darunter Gold, Silber, Paladium, aber auch Cadmium und andere. Wenn diese teils wertvollen Ressourcen in den Hausmüll geraten, sind sie verloren. Wir brauchen sie aber, um Produktionskreisläufe langfristig aufrechtzuerhalten. Recycling nach Stand der Technik leistet das. Wenn darauf verzichtet wird, werden wesentliche Rohstoffe auf Dauer knapp und wir werfen tatsächlich Gold und andere Edelmetalle weg.

### Bestehen bei falscher Entsorgung auch Gesundheitsrisiken?

Ja, denn in Schwellen- und Entwicklungsländern läuft Müllverwertung in der Regel im informellen Sektor. Ein typisches Problem ist, dass Leute das Kupfer aus Kabeln haben wollen, und deshalb die Plastikummantelung einfach auf offenem Feuer verbrennen. Dabei entstehen Furane und Dioxine – gefährliche Gifte, die den Rauch kontaminieren. Die betroffenen Menschen wissen, dass es Probleme gibt. Sie bekommen rote Augen, Atembeschwerden, Nierenprobleme und so weiter. Auch ihre Fruchtbarkeit kann leiden. Sie leben aber von dieser Art Arbeit. Ähnliche Probleme entstehen, wenn Gold in Säurebädern aus Computerplatinen ausgewaschen wird. Nebst Verätzungen sind Hautkrankheiten alltägliche Folgen. Obendrein wird die Säure meist nicht probat entsorgt, sodass die Umwelt leidet.

**Es gibt eine Art weltweiten Handel mit E-Schrott. Entsorgen die reichen Nationen ihren Müll zu Lasten der ärmeren Länder? Ich habe neulich auf der Website des UN Environmental Programme (UNEP) gelesen, dass der**

### Verbleib von 70 Prozent des E-Schrotts ungeklärt ist.

Der erste Global E-Waste Monitor von UNU mit Daten aus dem Jahr 2014 besagt, dass von 41,8 Millionen Tonnen E-Schrott im Jahr nur etwa 6,5 Millionen von offiziellen Rücknahmesystemen erfasst werden. Das sind nur 15 Prozent des Gesamtvolumens. Das bedeutet aber nicht, dass 85 Prozent in Entwicklungs- und Transitionsländern verschifft werden. Es gibt mehrere Szenarien, wo der Abfall landet, der nicht zurückgenommen wird. Ein Großteil kommt über den Mülleimer auf Deponien oder in Verbrennungsanlagen. Ein gewisser Anteil wird auch außerhalb der offiziellen Rücknahmesysteme erfasst, zum Beispiel von Metall-Recyclern. Eine kleinere Menge gelangt in die informellen Abfallentsorgungs- und Recyclingsysteme von Schwellen- und Transitionsländern. Laut einer aktuellen Schätzung von Interpol, UNU und anderen Partnern beläuft sich der Anteil in Europa auf zehn bis 15 Prozent. Es ist verboten, E-Schrott aus OECD-Ländern in Entwicklungs- und Schwellenländer zu exportieren, da es diesen in der Regel an der Infrastruktur für das Recycling in seinen verschiedenen Stufen mangelt. Allerdings dürfen Gebrauchsgüter zur Weiterverwendung exportiert werden. Der Unterschied zwischen neuen und gebrauchten Produkten ist für Behörden aber oft kaum nachzuvollziehen. In Europa denken Verbraucher beispielsweise, Afrikaner würden gern Pentium-3-Computer oder alte Röhrenfernseher haben. Solche Geräte gelten aber auch in Afrika als veraltet, sodass es für sie keinen Markt gibt, auch wenn sie noch funktionstüchtig sind. Wenn sie als Second-Hand-Ware nach Afrika gelangen, landen sie also im Müll und werden ausgeweidet. So entsteht dann der falsche Eindruck, Export sei eine Entsorgungsstrategie. Das kommt zwar bei Nischenakteuren vor, die absichtlich mal den einen oder anderen Container voller Schrott als Gebrauchsgüter deklariert verschiffen. Als breites Geschäftsmodell funktioniert das

aber, wenn überhaupt, nur bedingt. Der logistische Aufwand ist viel zu groß und entsprechend teuer.

### **Wissen Sie, welcher Anteil des deutschen Elektro- und Elektronikschrotts in Entwicklungs- und Schwellenländern ausgeführt wird?**

Es geht um zehn plus/minus fünf Prozent – also maximal 15 Prozent. Das haben UNU Interpol und andere im Auftrag der EU ermittelt. Wichtig ist allerdings, dass es ein ökologisch legitimes Interesse an der Weiterverwendung alter Elektro- und Elektronikartikel in Entwicklungs- und Schwellenländern gibt. Die Herstellung dieser Geräte wird immer komplexer, sie erfordert enorme Quantitäten an Rohstoffen. Aus ökologischer Sicht ist es somit zu begrüßen, wenn Geräte möglichst lang im Einsatz sind – und zwar auch in Entwicklungsländern, wenn Verbraucher in der reichen Welt schon längst wieder modernere Technik wollen. Das Gros der Bevölkerung in Afrika oder Asien kann solche Geräte auch gut gebrauchen. Das gilt aber nicht für völlig veraltete Modelle.

### **Und was passiert, wenn die Geräte dann kaputt sind?**

Das ist ein Problem, denn meist werden sie dann nicht nach dem Stand der Technik recycelt. In Entwicklungs- und Schwellenländern läuft Müllverwertung wie gesagt oft im informellen Sektor ab. Die Leidtragenden sind die Armen, die aber auch von dieser Arbeit leben müssen. Das wird politisch meist akzeptiert, und es ist sehr schwer, diese Branche zu formalisieren. Es gibt viele Akteure und lange

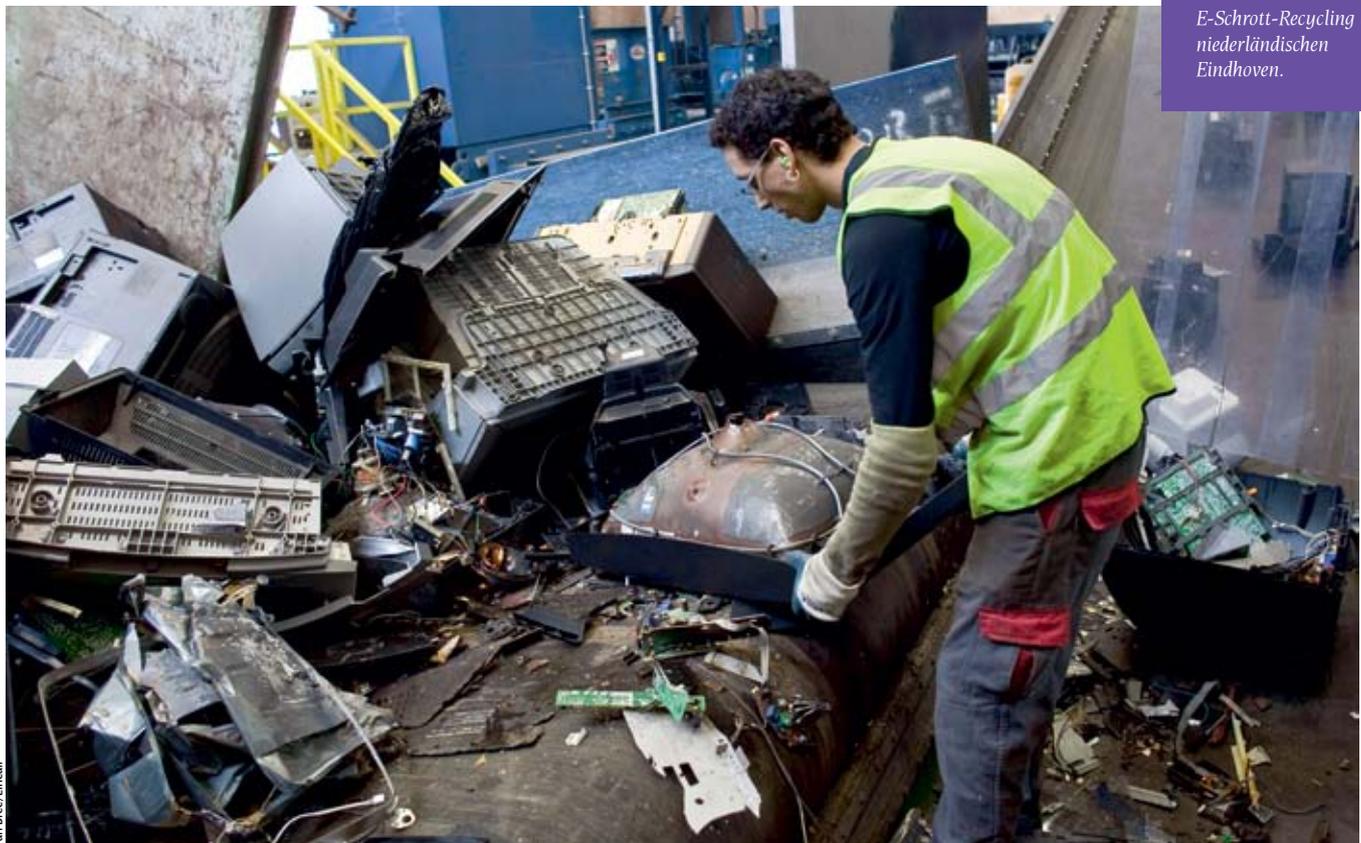
Verwertungsketten. Eigentlich muss der E-Schrott wieder in die Industrieländer gebracht werden. Das geschieht aber in der Regel nicht. Die für probates Handling nötigen industriellen Prozesse überfordern Entwicklungsländer.

### **Was muss geschehen, um die Situation zu verbessern?**

Wir brauchen mehr Aufklärung. In Deutschland ist der falsche Eindruck verbreitet, E-Schrott sei das Problem der Entwicklungsländer. Die Leute haben Bilder von schwarzen Kindern auf Müllhalden im Kopf. Sie wissen weder, dass in Deutschland pro Kopf und Jahr 22 Kilogramm Elektro- und Elektronikschrott anfallen, noch, dass Produktionskreisläufe gefährdet sind, weil wertvolle Ressourcen im Hausmüll landen. Es ist ohnehin absurd, dass die Müllabfuhr in Deutschland Papier separat für das Recycling einsammelt, es aber kein gutes System gibt, um E-Schrott zu sammeln. Es ist am einfachsten, das Zeug in die Tonne zu werfen, dabei muss es eigentlich in ein Recycling-Zentrum gebracht werden. Zum Teil können Verbraucher alte Geräte auch wieder im Fachhandel abgeben, aber das gilt nicht für alle Geräte.

### **Ist die Lage in Deutschland für Industrieländer typisch?**

Nein, von manchen Ländern kann Deutschland sicher auch lernen. Das zeigen etwa wesentlich höhere Sammelquoten in der Schweiz. Bei uns ist die Lage unbefriedigend. Das gilt schon für die Daten. Wir kennen nur Rahmengrößen, wie die 22



*E-Schrott-Recycling im niederländischen Eindhoven.*

Van Bree/lineair

Kilogramm pro Kopf, die ich eben genannt habe. Aber über die komplexen Stoffströme, die es gibt, wissen wir im Vergleich zu unseren Nachbarn wie Frankreich, Belgien oder den Niederlanden nur wenig.

### Woran liegt das?

An dem Entsorgungssystem, für das sich der deutsche Gesetzgeber entschieden hat. Es baut auf Wettbewerb auf, aber es gibt zu viele kleine Verwertungssysteme, die untereinander konkurrieren. In einigen unserer Nachbarländer ist das anders. Dort wird ein Compliance-System betont, bei dem die Hersteller dafür bezahlen, dass sie die Verantwortung für fachgerechtes Recycling abgeben. International ist das deutsche Konzept auch höchst umstritten – und das,

obwohl viele Deutsche denken, wir seien Weltmeister im Müllsortieren.

### Reicht die internationale Institutionenordnung eigentlich aus, um die Probleme in den Griff zu bekommen?

Die nötigen Regularien existieren, aber die Implementierung ist schwach. Weil das wirtschaftliche Interesse am Zugang zu den Wertstoffen weltweit groß ist, besteht durchaus Druck, die Praxis zu verbessern. Jedoch verfolgen Nationalstaaten nebeneinander viele verschiedene Strategien, die nicht recht zusammenpassen. Auch internationale Organisationen entwickeln immer wieder eigene Ansätze. Unser Programm der UN-Universität arbeitet deshalb daran, alle UN-Organisationen ins Boot zu holen. ←

## Statistiken reichen nicht

Im ersten Jahrzehnt des neuen Millenniums mangelte es der internationalen Staatengemeinschaft an harten Daten über elektronische und elektrotechnische Abfälle. Auch die Politik stützte sich nur auf anekdotenhaftes Wissen. Offensichtlich war zuverlässigere Information nötig.

2007 war das Gründungsjahr der Initiative „Solving the E-Waste Problem“ (STEP). Das Ursprungsmotiv war Unzufriedenheit mit unzulänglichen Statistiken. Die UN Universität (UNU) und der Computerhersteller Hewlett Packard waren von Anfang an dabei. Die UNU hat den Auftrag, politische Entscheidungsträger wissenschaftlich kompetent zu informieren.

Die STEP-Mitglieder wollten aber mehr tun. Aus ihrer Sicht war es sinnvoll, nicht nur Daten zu erheben, sondern gleich auch an Problemlösungen zu arbeiten, denn daran waren schließlich auch alle Institutionen, die relevantes Wissen liefern konnten, selbst interessiert. In diesem Sinne nahm STEP international Kontakt mit Herstellern, Recyclern und sonstigen Akteuren und Interessengruppen auf.

Heute laufen STEP-Projekte auf fünf thematischen Feldern:



- Politik und Gesetzgebung,
- Umgestaltung von Waren,
- Weiterverwendung von Waren,
- Recycling von Abfällen und
- Capacity Building.

StEP hat mittlerweile weltweit mehrere Dutzend Mitglieder. Dazu gehören internationale Organisationen wie das UN Environment Programme und die UN Industrial Development Organization, staatliche Einrichtungen

wie die GIZ und das japanische Umweltministerium, multinationale Konzerne wie Dell und Microsoft sowie Universitäten wie das Massachusetts Institute of Technology und die TU Braunschweig. Jedes Mitglied arbeitet auf mindestens einem der Themenfelder mit.

### Link

**STEP-Initiative:**  
<http://www.step-initiative.org/>



### Rüdiger Kühn

leitet das Programm „Nachhaltige Kreisläufe“ (SCYCLE), das am Bonner Campus der UN-Universität angesiedelt ist. Zudem ist er Geschäftsführer der Initiative STEP (Solving the E-Waste Problem).  
[kuehr@unu.edu](mailto:kuehr@unu.edu)

# Aus Abwasser wird Trinkwasser

Die Abwasserentsorgung ist in vielen Entwicklungsländern ein Problem mit gravierenden gesundheitlichen Folgen. Die dezentrale Behandlung von Abwasser und organischen Reststoffen in kompakten Aufbereitungsanlagen soll nicht nur die hygienische Situation verbessern. Zugleich können Trinkwasser, Strom und Dünger erzeugt werden. TÜV SÜD erarbeitet derzeit einen internationalen Standard, der die Anforderungen hinsichtlich Sicherheit, Zuverlässigkeit und Effektivität definiert.

Von **Andreas Hauser**

➔ 2010 haben die UN Sanitärversorgung zum Menschenrecht erklärt. Trotzdem hat nach wie vor mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung keinen Zugang zu funktionierenden Sanitäreinrichtungen und Abwasserentsorgung. Viren, Bakterien und andere Krankheitserreger verbreiten sich unter diesen Bedingungen schnell. Rund 80 Prozent der Krankheiten in Entwicklungsländern gehen auf verschmutztes Wasser und schlechte sanitäre Verhältnisse zurück. 1,4 Millionen Kinder unter sechs Jahren sterben jedes Jahr an infektiösen Durchfallerkrankungen – das sind mehr Todesfälle als durch Malaria, Masern und AIDS zusammen.

Einfache Anlagen wie Latrinen und Klärgruben lösen das Problem nur zum Teil. Denn sie bieten in vielen Fällen keine sichere Entsorgung von Abwässern. Es fehlt häufig an der nötigen Infrastruktur, um die Anlagen instand zu halten oder auch nur zu leeren. Die Folge sind Leckagen. Das kontaminiert die Umwelt und verunreinigt Trinkwasserquellen. Auch ist eine sachgemäße Behandlung von Abwässern und Schlämmen selten gewährleistet.

Weil keine zentralen oder keine funktionierenden Anlagen existieren oder die Entfernungen zu groß sind, werden 98 Prozent der Abwässer unbehandelt und unkontrolliert in Flüsse, Seen und Meere entsorgt. Eine dezentrale Behandlung brächte viele Vorteile: organisatorisch und logistisch sowie für die hygienische und die gesundheitliche Situation der Menschen vor Ort.

## Westen kein Vorbild

Eine Sanitärversorgung nach westlichem Vorbild eignet sich in Entwicklungsländern häufig nicht. Kanalisationssysteme sind schlicht zu teuer. Toiletten mit Spülung verbrauchen zu viel Wasser, das in vielen

Regionen ohnehin knapp ist. Daher sind Alternativen gefragt, die den lokalen Bedingungen gerecht werden. Dezentrale Ansätze sind hier vielversprechender.

Die sichere Beseitigung von Abwasser und organischen Reststoffen ist aber nur ein Ziel. Denn Aufbereitungsanlagen im Stil von sogenannten Omni-Processor-Anlagen leisten noch viel mehr: Sie gewinnen Energie, Biogas, Dünger, Pflanzenkohle (Hilfsstoff für die Kompostierung) und sogar Trinkwasser aus den Abfällen. Mit diesen wertvollen Ressourcen ließe sich die Lebenssituation der Menschen deutlich verbessern.

Abwässer, aber auch organische Abfälle werden hohen Temperaturen ausgesetzt, sodass das darin enthaltene Wasser verdampft und die Feststoffe zurückbleiben. Der Wasserdampf wird aufgefangen, während die Feststoffe verbrannt werden. Die Wärme aus dem Verbrennungsprozess dient dazu, Dampf herzustellen, der Turbinen antreibt. Die erzeugen Elektrizität, die die Anlage selbst nutzt oder in das lokale Stromnetz einspeist, falls mehr produziert wird als benötigt. Aus dem kondensierten und gereinigten Wasserdampf entsteht sauberes Trinkwasser. Auch alternative technische Lösungen werden derzeit erforscht.

## Fehlende Standards

Genau hierin liegt jedoch ein zentrales Problem. Entwickler verfolgen unterschiedliche Ansätze und Strategien, die noch nicht alle ausgereift sind. Der Prüfdienstleister TÜV SÜD arbeitet am ersten international anerkannten Standard für Anlagen zur dezentralen Abwasserbehandlung. Damit würden die existierenden Lösungsansätze transparent und vergleichbar. Entwickler könnten sich bei der Konzeption und Optimierung der Anlagen und Prozesse an diesem Standard orientieren. Typischerweise werden



ZUMA Press/picture-alliance

Standards lange nach der Einführung von Produkten entwickelt. In diesem Fall dagegen soll der Standard die Entwicklung und Etablierung der dezentralen Aufbereitungsanlagen erleichtern.

Denn so vielversprechend die dezentrale Abwasserbehandlung auch ist: Vor einer umfassenden Nutzung muss sichergestellt sein, dass die Anlagen für Mitarbeiter, Umwelt und Bevölkerung sicher sind. Sie müssen zuverlässig und effizient funktionieren und bestimmte Qualitäts- und Effizienzanforderungen erfüllen.

In erster Linie muss natürlich gewährleistet sein, dass der Behandlungsprozess Krankheitserreger zuverlässig beseitigt und alle entstehenden Produkte, beispielsweise Trinkwasser, gesundheitlich unbedenklich sind. Auch die Pflanzkohle oder der Dünger müssen frei von Pathogenen sein und die an sie gestellten Anforderungen erfüllen, etwa in Bezug auf den Nährstoffgehalt. Gleiches gilt für die prognostizierte Strommenge. Dies führt zu einer stringenten und letztendlich zielführenden Entwicklung, aber auch zu erhöhter Marktakzeptanz.

Ein Omni-Processor lässt sich unter bestimmten Bedingungen wirtschaftlich betreiben. Trinkwasser, Strom und Pflanzendünger werden in Entwicklungsländern dringend gebraucht. Erst wenn die neuen Technologien zuverlässig funktionieren, sind sie auch für Betreiber und Investoren interessant. Um das zu ermöglichen, müssen Hersteller, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen noch einige Hürden nehmen.

Neben den technischen Anforderungen gehören dazu beispielsweise der Betrieb und die Instandhaltung. Die Arbeitssicherheit, die Emissionswerte und Leitlinien für Qualitätsmanagementsysteme spielen eine zentrale Rolle. Wichtig ist auch, dass Behörden, Betreiber und Prüfunternehmen vor Ort in die Lage versetzt werden, komplexe Maschinen mit direkten Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen und auf die Umwelt zuverlässig zu prüfen und zu zertifizieren.

Die Einführung von Standards ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich die Technologien auf dem Markt etablieren. Künftig wird sich auch die Frage stellen, welche Geschäftsmodelle sich für den Betrieb solcher Anlagen besonders eignen und wie sie durch ihre Erzeugnisse und Beschäftigungsmöglichkeiten einen ökonomischen Mehrwert in die Regionen bringen können.

## Praxistaugliche Ansätze

Im ersten Projektschritt identifiziert TÜV SÜD existierende internationale und nationale Standards, die für dezentrale Abwasserbehandlungsanlagen relevant sind. Mehrere Abteilungen des Prüfdienstleisters sind daran beteiligt: Water Services, Anlagentechnik, Umwelttechnik, Elektro- und Gebäudetechnik sowie Werkstofftechnik. Im zweiten Schritt analysiert TÜV SÜD die Design- und Funktionsprinzipien, nach denen die Anlagen bisher konzipiert, errichtet und betrieben werden. Anschließend wird beides miteinander in Bezug gesetzt, um auszuloten, wie und an welchen Stellen eine Standardisierung möglich und sinnvoll ist.

Mittelfristig will TÜV SÜD einen Standard entwickeln, der unter dem Dach der International Organization for Standardization (ISO) als International Workshop Agreement veröffentlicht werden soll. Der kontinuierliche Austausch mit den Anlagenentwicklern und -betreibern sowie Marktteilnehmern in den Entwicklungsländern hat dabei einen hohen Stellenwert. Dieses Vorgehen stellt einen praxistauglichen und zielführenden Standard sicher und schafft die Basis dafür, sichere Technologien international voranzutreiben – was sich auch positiv auf die Marktakzeptanz der Anlagen auswirken dürfte. ←

### Link

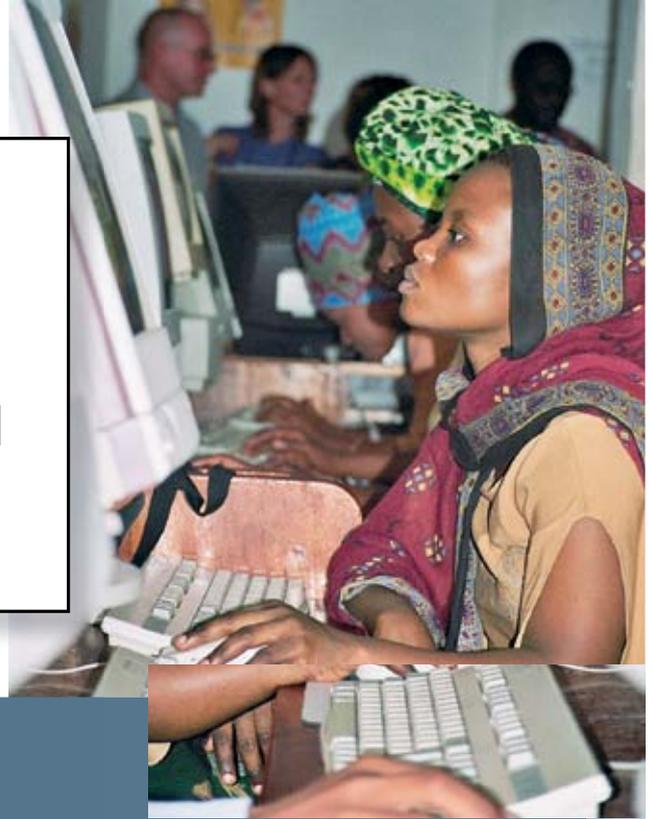
TÜV SÜD: Sanitation. Foster sustainable solutions.  
<http://www.tuv-sud.com/industry/water-services/sanitation>

Mehr als jeder dritte Mensch weltweit hat keinen Zugang zu funktionierenden Sanitäranlagen. Mobile Toilettenhäuschen in Dhaka, Bangladesch.



**Andreas Hauser**  
 ist Leiter von TÜV SÜD Water Services in Singapur.  
[andreas.hauser@tuv-sud.sg](mailto:andreas.hauser@tuv-sud.sg)

Besuchen Sie  
unsere Website  
unter [www.EundZ.eu](http://www.EundZ.eu)



www.eundz.eu

**E+Z** ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT

[Startseite](#) [Newsletter](#) [E+Z abonnieren](#) [Über uns](#) [Impressum](#) [English](#)

Ein Jahr täglich neue Beiträge

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

SOCIAL MEDIA

Keeping a check on politicians



UNVERZICHTBARE BILDUNG  
Weiter



Aktuelle Blog-Beiträge

- Vacations in times of terror
- USA should evaluate all government spending, not just ODA

Folgen Sie uns

# Freiheit geben und nehmen

Digitale Technik spielt heutzutage eine wichtige Rolle für den Zugriff auf Dienstleistungen und die Wahrnehmung von Menschenrechten. Dabei sind die Interessen vieler verschiedener Gruppen involviert. Andererseits kann digitale Technik auch zu Menschenrechtsverletzungen beitragen.

Von Nanjira Sambuli

➔ In Entwicklungsländern wie Kenia ist die Lage besonders komplex. Digitale Technik katapultiert die Menschen direkt von traditionellen Methoden, um an Informationen und Dienstleistungen zu gelangen, zu ganz modernen. Was früher nur wenigen Kenianern zugänglich war, erreicht heute einen viel größeren Teil der Bevölkerung. An der Spitze dieser Entwicklung stand das Mobiltelefon. Fehlende Infrastruktur wie Leitungen war plötzlich kein Hindernis mehr.

Die Digitalisierung Kenias gilt international als Paradebeispiel. Nach Angaben der Kommunikationsbehörde gibt es im Land fast 38 Millionen Handyverträge, und die Mobilfunkverbreitung liegt bei 88,1 Prozent. Geschätzte 22 Millionen Internetanschlüsse versorgen 32 Millionen Nutzer, 99 Prozent von ihnen über mobile Geräte.

## Tribüne

Mobilfunkgeräte haben Millionen Kenianern Zugang zu Finanzdienstleistungen beschert. Nur 29 Prozent der Erwachsenen haben ein Bankkonto, aber 58 Prozent nutzen mobile Geldtransfer- und ähnliche Services. Frauen profitieren besonders von dieser Entwicklung.

## Demokratie und Technik

In vielen Entwicklungsländern hängt der demokratische Fortschritt eng mit der Verbreitung digitaler Technik zusammen. In Kenia hat digitale Kommunikation die Bekanntheit und Durchsetzung der in der neuen Verfassung verankerten Grundrechte befördert.

Der Mobilfunk bietet zum Beispiel Möglichkeiten, das Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen. Bürger

vernetzen sich online, sie tauschen Erfahrungen und politische Meinungen aus, äußern Protest und mobilisieren für Aktionen. Die Gruppe derer, die sich an politischen Diskussionen beteiligen, ist größer und vielfältiger geworden.

In einem Land wie Kenia, wo freie Meinungsäußerung trotz der Verankerung in



Photo: picture-alliance

der Verfassung mitunter bestraft wird, ist das bedeutsam. Die digitale Kommunikation gibt vielen Menschen ein Gefühl der Sicherheit und Anonymität, das sie zur freien Meinungsäußerung motiviert. Besorgniserregend ist hingegen die zunehmende Repression gegenüber Bloggern.

Die Bedeutung der neuen Medien ist dann besonders groß, wenn sich der Staat in die Berichterstattung klassischer Medien einmischt, etwa bei Wahlen oder politischen Unruhen. In Kenia war und ist das immer wieder zu beobachten – von der Gewalt nach den Wahlen 2007 bis zu den jüngsten Terroranschlägen. Die digitale Technik ermöglicht den Menschen, trotzdem informiert und in Verbindung zu bleiben.

Ein Beispiel ist die Online-Plattform Ushahidi. Sie entstand nach den Wahlen 2007, als die Mainstream-Medien weder

über die Ergebnisse umfassend informierten noch über die Gewalt, die das Land im Nachgang ergriff. Ein informeller Informationsaustausch über SMS, Emails und andere digitale Wege wurde organisiert. Bestätigte Informationen wurden in einer digitalen Landkarte Kenias eingetragen, auf die jeder mit Internetzugang zugreifen konnte.

Auf der anderen Seite können ebendiese Plattformen, die zur Wahrnehmung von Menschenrechten beitragen, auch zum umgekehrten Zweck verwendet werden. Behörden, Privatunternehmen, Terroristen und kriminelle Vereinigungen bedrohen zunehmend die Sicherheit, Offenheit und Freiheit der digitalen Kom-

Die Digitalisierung Kenias gilt international als Paradebeispiel: iHub Nairobi.

munikation. Die Privatsphäre und Sicherheit der Nutzer stehen auf dem Spiel. Wachsender Online-Extremismus und Online-Rekrutierung von Terrororganisationen verschärfen das Problem.

Zuweilen wird die „Offline-Sicherheit“ über den Schutz digitaler Daten gestellt. Viele Menschen springen darauf an. In Kenia ist die Ansicht weit verbreitet, dass mehr digitale Überwachung, biometrische Ausweise und Videoüberwachung vonnöten seien, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten. In einer aktuellen Umfrage sprachen sich 75 Prozent der Befragten dafür aus, dass die Exekutivorgane das Recht haben sollten, die Online-Kommunikation der Bürger im Dienste der nationalen Sicherheit zu überwachen.

Da ist es kein Wunder, dass die jüngsten Staatsausgaben für Videoüberwachung

als Fortschritt begrüßt wurden. Geäußerte Bedenken betrafen lediglich die Vergabe des Staatsauftrags. Die Risiken der Überwachungstechnik in Bezug auf die Verletzung von Menschenrechten spielten keine Rolle.

Zudem gab es Gesetzesänderungen, die das in der Verfassung verbriefte Recht auf Privatsphäre explizit einschränken. Behörden dürfen nun die Kommunikation überwachen, wenn dies der Terrorabwehr dient.

Der Oberste Gerichtshof Kenias erklärte zwar einige Klauseln für verfassungswidrig, die die Verbreitung von Informationen im Zusammenhang mit Terrorismus einschränkten. Die Klauseln zur staatlichen Überwachung blieben aber unangetastet. Protest kam noch nicht einmal aus den internetaffinen Bevölkerungsteilen.

Heute ist Kenia eines von nur zwei Ländern in Afrika, in denen nach Angaben der US-Organisation Freedom House (2015) Internetfreiheit herrscht. Das andere ist Südafrika. Kenias Internetfreiheit ist aber gesetzlich kaum geschützt. Ein Datenschutzgesetz liegt zum Beispiel seit zwei Jahren vor, seine Verabschiedung kommt aber nicht voran. Außerdem muss Kenia mehr zum Schutz der Meinungsfreiheit tun.

In einer zunehmend digitalen Welt ist der Zugang zu Kommunikationsgeräten

und dem Internet zentral. Das Stichwort für den Ausbau der Netzanbindung in Entwicklungsländern heißt „connecting the next billion“ – die nächste Milliarde vernetzen. Dieser Ansatz beschäftigt auch Privatunternehmen. Sie wollen Vorhaben der Regierung ergänzen oder ersetzen. Die Frage ist, ob die eingesetzten Technologien und Strategien tatsächlich für gleichen Zugang zu freien, offenen und sicheren Anwendungen sorgen. Die Kaufkraft der Zielgruppe ist gering, weshalb gewinnorientierte Unternehmen sich zumeist nicht für sie interessieren. Einige Privatsektor-Initiativen sind auf starke Kritik gestoßen, darunter das Free-Basics-Programm von Facebook, das armen Leuten kostenlosen Zugang, aber nur zu ausgewählten Online-Diensten, gewährt (siehe Kasten unten).

Einige Entwicklungsländer haben lobenswerte Initiativen auf den Weg gebracht, um den bezahlbaren Zugang zu digitaler Technik auszuweiten. In Kenia managt die Regierung den Universal Service Fund. Finanziert wird er durch Abgaben von Telekomaniern, Lizenzzahlungen, staatliche Zuwendungen, Fördermittel und Spenden. Über den Fund werden nationale Projekte finanziert, die den Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnik in ländlichen und armen urbanen Gegenden verbessern. Im Fokus stehen dabei bestimmte Zielgruppen wie Frauen oder Menschen mit Behin-

derung. Gruppen, die bisher offline sind, sollen gleiche Rechte und Teilhabe wie die Online-Community erhalten.

Die beschriebene Entwicklung beschränkt sich nicht auf Kenia, sondern spielt in vielen Entwicklungs- und Industrieländern eine Rolle. Gesetzesinitiativen zu Cybersicherheit auf der ganzen Welt geben Anlass zur Sorge, da sie oft einen geringeren Schutz der Menschenrechte beinhalten. Es wird immer wieder argumentiert, man müsse Rechte für Sicherheit aufgeben. Die Menschenrechte sind zwar zunehmend in nationalem und internationalem Recht berücksichtigt. Es muss aber weiter dafür gekämpft werden, dass sie überall respektiert und hochgehalten werden, vor allem in Entwicklungsländern. ←

#### Links

**Freedom House:** Freedom on the net 2015.

<https://freedomhouse.org/report/freedom-net/freedom-net-2015>

**Ushahidi:**

<https://www.ushahidi.com/>

#### Nanjira Sambuli



war Leiterin der Forschung am iHub Nairobi. Sie beschäftigt sich mit den Auswirkungen von Informations- und Kommunikationstechnik auf Regierungsführung, Innovation, Unternehmertum und gesellschaftliche Kultur in Kenia und

ganz Afrika.

Twitter: @Ninanjira

## Kostenlos, aber nicht frei

In Kenia und anderen Entwicklungsländern bietet Facebook sein Free-Basics-Programm an. Es soll armen Leuten Zugang zum Internet gewähren – jedoch nur zu ausgewählten Seiten.

Der Ansatz derartiger Programme impliziert, dass arme Menschen nicht die ganze Bandbreite des Internets benötigen und dass sie zugunsten der Finanzierbarkeit auf einige Rechte und Ideale verzichten müssen. Technische Anwendungen dieser Art helfen den Armen nicht wirklich, da ihr Handlungsspielraum eingeschränkt bleibt.

In Kenia kreist die Diskussion nun um die Frage, was „freies“ Internet bedeutet. Das Facebook-Angebot ist kostenlos – schränkt aber die Wahlfreiheit der Nutzer ein. Facebook entscheidet, welche Internetangebote per Free Basics erreichbar sind.

Ein weiterer Nachteil besteht darin, dass die Nutzer selbst keine Inhalte erstellen können. Das Programm umfasst fast nur Internetangebote zum Konsum, nicht aber zur Produktion. Damit ist auch die Wettbewerbsfähigkeit der Free-Basics-Nutzer im Netz beschränkt.

Nach Ansicht von Internetaktivisten ist diese Art „freien“ Internets unzureichend und dient den Nutzern nicht wirklich. Politisch bedeutet das, dass Facebook kein Ersatz für staatliche Bemühungen ist, Internetzugang für alle sicherzustellen. Die indische Regulierungsbehörde hat Ausnahmen beim Netzzugang und damit Programme wie Free Basics verboten.

#### Link

**Facebook Free Basics:**

<https://developers.facebook.com/docs/internet-org>



Premierminister Narendra Modi schätzt Facebook-Gründer Mark Zuckerberg, aber Free Basics lässt Indien nicht zu.

# Enorme Herausforderung

In Indien gehen inzwischen mehr Kinder zur Schule als früher, aber die Grundschulen sind vor allem im ländlichen Raum weiterhin schlecht. Der Verfasser dieses Artikels gehört zu den Santal – einem der vielen Adivasi-Stämme Indiens.

## Von Boro Baski

➔ Auf der UN-Konferenz in Dakar im Jahr 2000 wurde Bildung für alle bis 2015 (EFA – education for all) zum Ziel erklärt. Seither hat sich in Indien bezüglich Grundbildung viel getan. Einer nationalen EFA-Evaluation von 2014 zufolge sind in den vergangenen fünf Jahren zusätzliche 14,6 Millionen Kinder zur Grundschule gegangen, so dass nun fast alle Kinder der Altersgruppe sechs bis zehn die Schule besuchen. 98 % aller indischen Siedlungen haben mindestens eine Grundschule im Umkreis von einem Kilometer.

Ein Grund für die Neuzugänge ist die kostenlose Schulspeisung, die vor allem das staatliche Programm Sarva Sikha Abhiyan (SSA) bereitstellt. An Schultagen versorgt es 108 Millionen Kinder mit Mittagessen. Wichtig ist auch das neue Gesetz zum Recht auf Bildung von 2009. Dennoch bleibt noch viel zu tun.

## Der Boden der Realität

Inzwischen gehen nicht nur mehr Sechs- bis Zehnjährige zur Schule, es brechen auch weniger von ihnen ab. Das muss nun auch bei den Elf- bis 15-Jährigen erreicht werden – und auf weiterführenden Schulen. Laut staatlichen Statistiken brachen 9,1 Prozent der Erst- bis Viertklässler im Jahr 2009/10 die Schule ab. Bei den Fünftklässlern waren es 15,9 Prozent.

Es zeigt sich nun, dass freie Schulspeisung und derlei bei älteren Kindern nicht ausreicht, um sie in der Schule zu halten. Sie plagen Zukunftssorgen für die Zeit nach der Schule sowie der Druck, Geld zu verdienen – nicht zuletzt, um sich Handys und modische Kleidung kaufen zu können.

Tausende von Jugendlichen aus Westbengalen verlassen schon vor Abschluss

der Schule ihre Heimat, um in anderen Bundesstaaten zu arbeiten. Die Landesregierung von West Bengalen tut einiges, um sie zum weiteren Schulbesuch zu motivieren, und lockt mit Geschenken wie Schulbüchern, Bargeld, silbernen Armreifen oder Fahrrädern. Kurzfristig funktioniert das, aber viele Schulabbrüche hängen meist mit der sozioökonomischen Lage der Familien zusammen. Meist müssen die Jugendlichen zum Lebensunterhalt beitragen.

Es ist alarmierend, dass immer mehr Kinder von staatlichen Schulen zu Privatschulen wechseln. Fast ein Drittel der Sechs- bis 14-Jährigen ging im Jahr 2013 dem jährlichen Bildungsbericht (ASER) von 2014 zufolge auf private Schulen. 2006 war es noch knapp ein Viertel. In den nordindischen Staaten Haryana und Uttar Pradesh werden mehr als die Hälfte der Schüler privat unterrichtet. Offensichtlich misstrauen Eltern den staatlichen Schulen

und sind bereit, Schulgeld zu bezahlen – was Arme sich jedoch kaum leisten können.

Es ist erschreckend, dass selbst arme Familien enorme Summen für Privatschulen aufbringen. Bimol Baski aus unserem Dorf Bishnubati in Westbengalen schickt seine beiden Töchter auf eine Schule, wo sie auf Englisch unterrichtet werden. Die Schulspeisung an staatlichen Schulen sieht er kritisch; statt mit dem Unterricht seien Lehrer nun mit der Organisation des Mittagessens beschäftigt.

Bimol will, dass seine Töchter gut Englisch lernen. Es ist aber problematisch, dass die meisten Kinder aus sprachlichen Minderheiten nicht in ihrer Muttersprache unterrichtet werden. Das betrifft uns Santal und alle anderen Adivasi-Stämme – insgesamt rund acht Prozent der indischen Bevölkerung. Viele Adivasis finden, formale Bildung bedrohe ihre Sprache und Kultur.

Angesichts all dessen ist der Erfolg der indischen EFA-Bemühungen fraglich. Hohe Einschulungsraten reichen nicht. Die Bildungspolitik ist wirr und unausgewogen, und der Ruf der staatlichen Schulen leidet.



Samiran Nandi

Alternative Grundschule in Ghosaldanga.

Der Erfolg von Dorfschulen hängt von der lokalen Gemeinschaft ab. Elternbeiräte müssen die Lehrer kontrollieren. Leider bringen sich auf dem Land aber viele Menschen nicht ein, weil sie meinen, der Staat sei verantwortlich. Zudem dominieren oft Politiker, denen es vor allem um Parteiinteressen geht, die Elternbeiräte. Auf dem Land wäre bessere Koordination zwischen Lehrern, Eltern und Schulverwaltung nützlich.

Laut dem EFA Global Monitoring Report der UNESCO von 2015 hat Indien zwar enorme Fortschritte gemacht, jedoch noch einen langen Weg vor sich. Der Bericht weist auf fortbestehende Ungleichheit hin. Einige Inder sind reich, aber die Masse bleibt bitterarm. Manche Gruppen werden wegen Kaste, Rasse, Glaube und anderen Gründen ausgegrenzt und haben kaum Zugang zu hochwertiger Bildung.

## Alternative Schulen

Neben staatlichen und privaten Schulen gibt es etliche innovative Schulen von nichtstaatlichen Organisationen, Stiftungen und Philanthropen. Viele befinden sich in Dörfern und richten sich an jene, die schlechte Bildungschancen haben.

Eine dieser Schulen ist der Rolf Schoembs Vidyashram in unserem Dorf. Darüber habe ich bereits in E+Z/D+C (Printausgabe 2012/09, S. 333 f.) geschrieben.

Wir unterrichten auf Santali und haben unsere eigenen Schulbücher erstellt. Zum Lehrplan gehören auch Musik, Mythen, Tanz, Folklore und Adivasi-Geschichte. In einer sich rasch ändernden Welt sind uns unsere Wurzeln wichtig (siehe auch meinen Essay in E+Z/D+C e-Paper 2015/07, S. 21 f.). Wir werden von deutschen Spendern unterstützt.

Ich kenne viele andere NGO-Schulen in Indien (siehe Kasten). Die meisten bewähren sich seit mindestens zwei Jahrzehnten. Sie sind alle nonformal, was in Indien bedeutet, dass die Schüler nicht den staatlichen Lehrplan auswendig lernen müssen. Die alternativen Schulen gehen auf die Bedürfnisse und Interessen der Kinder ein und nutzen eine breite Palette didaktischer Methoden. Sie ähneln darin staatlichen Schulen in reichen Ländern. Es ist belegt, dass die nonformalen Schulen in Indien oft bessere formale Ergebnisse bringen als die Staatsschulen. Das gilt besonders für benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

Es ist falsch, dass viele alternative Schulen nun gedrängt werden, die formalen Vorgaben des Bildungsgesetzes von 2009 zu erfüllen, obwohl Vorschriften zu Fenstergrößen, Schulkleidung oder Lehrergehältern für nonformale Schulen im ländlichen Raum wenig sinnvoll sind. Einige NGOs sind nun überfordert. Es gibt Widerstand gegen eine allzu strikte Durchsetzung des Gesetzes, aber die Angst vor rechtlichen

Sanktionen macht den anspruchsvollen Lehrerberuf nicht leichter.

## Fazit

Grundschulbildung ist keine isolierte Angelegenheit. Ländliche Gemeinschaften brauchen Bildung – aber ihr Leben hat viele weitere soziale und kulturelle Aspekte, die es zu berücksichtigen gilt. Die UNESCO fordert deshalb zu Recht einen integrierten Ansatz mit holistischem Konzept.

Indien muss noch viele Hürden nehmen. Nonformale Ansätze dürfen nicht unterdrückt werden, denn sie entsprechen dem mehrsprachigen und multikulturellen Gefüge des Landes. Die Erfahrungen der nichtstaatlichen Schulen sollten die Grundlage der künftigen Bildungspolitik sein.

Geld ist übrigens nicht das Problem. Im Finanzjahr 2011/12 gab die SSA nur 43 Prozent ihres Budgets aus, mehr als die Hälfte wurde gar nicht verwendet. Dieses Geld kann sinnvoll investiert werden. Indien braucht gut ausgebildete, motivierte und sensible Lehrer, die sich mit Leidenschaft und Eifer einsetzen. ←

## Boro Baski



arbeitet für die gemeindenahe Organisation Ghosaldanga Adibasi Seva Sangha in Westbengalen. Die Selbsthilforganisation wird vom Freundeskreis Ghosaldanga und Bishnubati e.V. unterstützt. [borobaski@gmail.com](mailto:borobaski@gmail.com)

## Modellschulen

Die Sita-Schule im Dorf Silvepura liegt in der Nähe von Bangalore. Jane Sahi hat sie gegründet und leitet sie. Zu den Fächern gehören Sprache, angewandte Mathematik, Töpfern, Schneidern, Drucken, Erste Hilfe, Gartenbau, Theater und Kunst. Betont werden menschliche Werte, und persönliche Erfahrung ist wichtiger als das Lernen nach Lehrbuch. Die Schule fördert einen spirit of excellence im weitesten Sinne. Die Schüler kommen aus den benachbarten Dörfern. Die meisten Eltern sind Analphabeten.

K. J. Babby und Shirly George haben in Kerala eine Schule für die Kinder des Wynard-Stammes gegründet. Sie hat eigene Felder und Gummibaumplantagen,

wo die Kinder lernen, Latex zu zapfen. Sie gehen regelmäßig mit den Lehrern in den Wald und lernen durch praktisches Tun. Die Schule betreibt zudem Gemüse- und Reisanbau.

Die Vidyodaya-Schule liegt in den Nilgiri Hügeln in Tamil Nadu. Die Schüler sind vor allem Adivasis und Kinder mit Lernbehinderungen. Die Schule ist staatlich anerkannt, hat aber einen eigenen Lehrplan. Neben der formalen Ausbildung liegt der Schwerpunkt auf dem Erlernen eines Handwerks. Die Lehrer betreuen kleine Arbeitsgruppen.

Khelaghar – wörtlich übersetzt „Spielhaus“ – ist ein nichtstaatliches Waisenhaus in der Nähe von Kalkutta. Es bietet Kindern in



Kinderchor von Khelaghar in einem Vorort von Kalkutta.

Not und Bedrängnis eine kostenlose Bleibe, Essen und Bildung. Unterrichtet wird im Freien – unter majestätischen Bäumen statt zwischen eingrenzenden Wänden.

# „Kenne den Zeitraum, in dem du glühst“

Während sich der Radsport langsam von Dopingskandalen erholt, krankt es in der russischen Leichtathletik. Die Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) ist alarmiert und reagiert mit neuen Regeln. Im Gegensatz zu Russlands Sportbehörden nehmen das deutsche Kontrolleure sehr ernst.

## Von Theresa Krinninger

➔ Drei einfache Regeln, um nicht erwischt zu werden: Trage eine Uhr, habe dein Handy immer griffbereit, und kenne den Zeitraum, in dem du „glühst“. Das schreibt der US-Ex-Radprofi Tyler Hamilton 2012 in seinem Buch „Die Radsport-Mafia und ihre schmutzigen Geschäfte“. Mit „glühen“ meint er die Zeitspanne, in der leistungssteigernde Substanzen im Körper nachweisbar sind. Minutiös beschreibt er, wie seine Teamkollegen und er Dopingkontrolleure jahrelang überlisteten.

Hamilton schildert erstmals das ganze Ausmaß des Dopingsystems im Profiradsport der 1990er und 2000er Jahre: ein Netzwerk von korrupten Ärzten, gewissenlosen Teamchefs und bestechlichen Labormitarbeitern. Er schreibt von roten Testosteronpillen, vom Hormon Erythropoetin (Epo) im Kühlschrank und Eigenbluttransfusionen in Hotelzimmern.

Das Dopingmittel Epo spielt bis heute eine große Rolle im Ausdauersport. Die Ausdauerleistung eines Sportlers ist davon abhängig, wie gut der Körper Sauerstoff aufnehmen kann. Je mehr rote Blutkörperchen, desto besser die Aufnahme. Epo regt die Produktion roter Blutkörperchen an.

Hamilton gehörte zur eingeschworenen „Bruderschaft“ gedopter Fahrer – bis er aufflog. Ein Jahr nach seinem Olympiasieg 2004 sperrte ihn der Radsport-Weltverband (UCI) für zwei Jahre, weil er positiv auf Blutdoping getestet worden war. Als ehemaliger „Doper“ war seine Rückkehr in führende Radteams schwierig.

Sein Bericht dreht sich aber auch um die Schlüsselrolle von Radsportprofi Lance

Armstrong. Als jahrelanger Trainingspartner und zweitstärkster Mann hinter Armstrong erlebte Hamilton das systematische Doping hautnah mit. Er war später Kronzeuge in den Ermittlungen gegen Armstrong. 2012 erkannte der UCI Armstrong alle seine sieben Tour-de-France-Siege ab sowie alle Titel seit 1998.

## „Kultur des Betrugs“

Auch die Leichtathletik ist betroffen. Ende 2014 lieferte der investigative Journalist Hajo Seppelt in einem ARD-Dokumentarfilm Beweise für Russlands ausgeklügeltes Dopingsystem. Daraufhin schaltete die WADA eine unabhängige Kommission (IC) ein, um den Anschuldigungen nachzugehen. Sie legte im November 2015 einen 300-seitigen Bericht vor. Der IC-Vorsitzende Richard Pound sprach bei einer Pressekonferenz von „hässlichen Überraschungen“.

Die Verstöße waren so gravierend, dass der Internationale Leichtathletikverband (IAAF) beschloss, die Gesamtrussische Leichtathletik-Föderation (ARAF) vorläufig zu suspendieren. Die IC schlug auch vor, fünf Athletinnen, vier Trainer und einen Sportmediziner auf Lebenszeit zu sperren. Vorerst dürfen keine russischen Leichtathleten an den diesjährigen Olympischen Spielen in Brasilien teilnehmen.

Die Kommission stellte eine tiefverwurzelte „Kultur des Betrugs“ fest. An der Spitze der teils kriminellen Machenschaften standen der ehemalige ARAF-Chef Valentin Balachnitschew, der medizinische ARAF-Leiter Sergej Portugalow sowie der

Leiter des WADA-akkreditierten Labors in Moskau, Grigori Rodschenko.

Rodschenko, Portugalow sowie Trainer sollen Schmiergelder von Athleten verlangt haben, um positive Tests zu vertuschen. Chefmediziner Portugalow sei der Drahtzieher im geheimen nationalen Dopingprogramm gewesen. Aber auch andere Ärzte und Labormitarbeiter hätten systematisches Doping gedeckt.

Die IC deckte auch Verstöße bei der Russischen Anti-Doping-Agentur (RUSADA) auf. Mitarbeiter hätten Trainern und Athleten frühzeitig angekündigt, wann Dopingtests stattfinden. Obwohl einer WADA-Regel zufolge der Aufenthaltsort eines Sportlers zu jeder Zeit bekannt sein muss, nahm das die RUSADA nicht so genau. Mitarbeiter sollen auch mit falschen Identitäten bei Testproben gearbeitet und gesperrten Athleten erlaubt haben, trotzdem bei Wettkämpfen anzutreten.

Im Januar 2016 folgte der zweite Teil des IC-Berichts, der den ehemaligen IAAF-Präsidenten Lamine Diack schwer belastet: Diack und sein „geschlossener innerer Zirkel“ hätten Korruption, Vetternwirtschaft und die Verschleierung von Doping aktiv unterstützt. Als öffentlich bekannt wurde, dass die französische Justiz gegen Diack ermittelt, trat er im August 2015 zurück. Sein Nachfolger ist der Brite Sebastian Coe.

Der IC zufolge war Diacks Einfluss so groß, dass er ohne Widerstand seine beiden Söhne als Berater einstellen ließ. Diack habe zudem seinen Anwalt Habib Cissé damit beauftragt, alle biologischen Athletenpässe (ABP) von russischen Athleten persönlich zu überwachen. Der 2009 von der WADA eingeführte Athletenpass dokumentiert Blut- und Urinwerte über einen längeren Zeitraum. Cissé habe nicht nur zahlreiche positive Testergebnisse vertuscht, sondern auch Athleten erpresst.

Dem korrupten Spiel kam laut IC zugute, dass ARAF-Präsident Balachni-

tschew gleichzeitig IAAF-Schatzmeister war. Der Anwalt Cissé und Balachnitschew konnten sich gegenseitig informieren und so das russische Dopingsystem decken. Kurz nach der ARD-Reportage Ende 2014 trat Balachnitschew von beiden Ämtern zurück.

Laut dem Journalisten Seppelt hat sich seitdem in Russland trotzdem nicht viel getan. Zwar versicherte der russische Sportminister Witalij Mutko kurz nach den Enthüllungen, dass einige der Involvierten gefeuert worden seien. In einer zweiten ARD-Reportage Mitte 2015 zeigte Seppelt jedoch, wie gesperrte Trainer ihren Job trotzdem weiter ausüben und weiter mit Dopingmitteln dealen. Hinzu kommt, dass die frisch ernannte RUSADA-Führungskraft Anna Anzeliowitsch Termine für Dopingkontrollen mit Sportlern abgesprochen haben soll.

Während es die Aufgabe der russischen Justiz ist, die Verantwortlichen zu ahnden, hat die WADA in ihrem Einflussbereich reagiert. Sie entzog dem Moskauer Labor die WADA-Zulassung und überarbeitete ihre Anti-Doping-Regeln (englisch „Code“), an die sich alle Sportverbände und Anti-Doping-Agenturen weltweit halten müssen.

## Effektivere Kontrollen

Die deutsche Nationale Anti-Doping-Agentur (NADA) nimmt den neuen WADA-Code sehr ernst. Im aktuellen Jahresbericht steht, Deutschland habe 2015 als erstes Land die neuen Vorgaben des WADA-Codes umgesetzt. Nach dem neuen System seien die nationalen Anti-Doping-Organisationen für alle Trainings- und Wettkampfkontrollen verantwortlich. Diese seien dadurch noch unberechenbarer und effektiver. Noch 2014 organisierten die deutschen Sportfachverbände die Wettkampf-Kontrollen und setzten sie teils auch selbst um.

Im gleichen Jahr führte die NADA insgesamt 8652 Trainingskontrollen im In- und Ausland durch. Schwerpunkt seien Topathleten gewesen, etwa Olympia- und Paralympics-Teilnehmer der Winterspiele in Sotschi und Fußballnationalspieler vor der WM in Brasilien. Die Organisation steigert ebenfalls die Wettkampfkontrollen, die sie bald ganz übernehmen soll.



Die russische Dreisprung-Hallenweltmeisterin Jekaterina Konewa ist in der Vergangenheit wegen Dopings gesperrt worden. Jetzt ist das ganze Leichtathletikteam von internationalen Wettkämpfen ausgeschlossen.

Bei den Tests hält sich die NADA an den neuen Doping-Kontrollplan der WADA. Der schreibt Zusatzkontrollen vor wie etwa Zusatzanalysen von Blut- und Urinproben. Dabei baut die NADA auf das Institut für Biochemie der deutschen Sporthochschule Köln und das Institut für Dopinganalytik und Sportbiochemie Dresden in Kreischa. Beide seien führend in der Welt.

Auch die Strafen sind laut NADA-Bericht nach dem neuen Code schärfer geworden. Wird bei einem Sportler Doping nachgewiesen, bekomme er nun regulär vier Jahre Sperrfrist. Athleten dürften zudem keinen sportlichen oder beruflichen Kontakt zu einem Trainingsbetreuer haben, der zuvor gegen die Anti-Doping-Bestimmungen verstoßen habe. 2014 gab es laut NADA in Deutschland 86 Dopingverstöße; in 22 Fällen folgten Strafen, und bei 30 wurden die Verfahren wegen mangelnder Beweise eingestellt.

Die NADA bemüht sich, so transparent wie möglich über verbotene Substanzen zu informieren. Dafür bietet sie die Online-Medikamenten-Datenbank ‚Nanamed‘ an. Diese richtet sich an Sportler, Eltern, Ärzte und Betreuer. Die Datenbank gibt es mittlerweile auch als App.

Oft sickern wichtige Information aber nicht durch. Ein Beispiel: Im Januar 2016

setzte die WADA das Herzmittel Meldonium auf die Verbotsliste. Jetzt lässt sie Sportler, die vor März 2016 mit weniger als einem Mikrogramm im Körper erwischt wurden, auf Gnade hoffen. Darunter ist auch der russische Tennisstar Maria Scharapowa. Viele der Sportler wollen von dem Verbot nichts mitbekommen haben. Laut Kritikern hat sich die WADA mit der Lockerung keinen Gefallen getan. So bleibt auch die oberste Wächterin im Anti-Doping Kampf nicht unumstritten. ←

### Literatur

Hamilton, T., und Coyle, D., 2012: The secret race. New York, Bantam.

### Links

#### WADA-Bericht 1:

[https://wada-main-prod.s3.amazonaws.com/resources/files/wada\\_independent\\_commission\\_report\\_1\\_en.pdf](https://wada-main-prod.s3.amazonaws.com/resources/files/wada_independent_commission_report_1_en.pdf)

#### WADA-Bericht 2:

[https://wada-main-prod.s3.amazonaws.com/resources/files/wada\\_independent\\_commission\\_report\\_2\\_2016\\_en\\_rev.pdf](https://wada-main-prod.s3.amazonaws.com/resources/files/wada_independent_commission_report_2_2016_en_rev.pdf)

#### NADA Jahresbericht 2014:

[http://www.nada.de/fileadmin/user\\_upload/nada/Downloads/Jahresberichte/NADA-Jahresbericht\\_2014.pdf](http://www.nada.de/fileadmin/user_upload/nada/Downloads/Jahresberichte/NADA-Jahresbericht_2014.pdf)

### Theresa Krinninger



ist freie Journalistin.

[theresa.krinninger@gmail.com](mailto:theresa.krinninger@gmail.com)

Tribüne

# „Schließen Sie die Lager nicht“

Die kenianische Regierung hat die Schließung der Flüchtlingslager Dadaab und Kakuma angekündigt. Wer in Dadaab lebt, soll bis Ende Mai 2017 in die Heimat zurückkehren oder in ein Drittland ziehen. Hilfswerke warnen vor einer „regionalen humanitären Katastrophe“, und die Betroffenen sind verzweifelt.

Von Peter Okello

➔ Laut dem Staatssekretär im kenianischen Innenministerium, Karanja Kibicho, beeinträchtigen die Flüchtlingslager die nationale Sicherheit. Ihm zufolge bekommen die somalische Terrororganisation Al Shabaab und verwandte Gruppen Unterstützung aus ihnen. Die Regierung spricht zudem von ökonomischer Belastung. Kenia hat in den vergangenen Jahren Anschläge erlitten und tut sich schwer, die Lage in den Griff zu bekommen (siehe E+Z/D+C e-Paper 2015/09, S. 28 ff.).

Derzeit leben etwa 600 000 Menschen in Dadaab und Kakuma. Dadaab hat den Ruf, es sei das größte Flüchtlingslager der Welt. Es besteht seit 1992. Die Regierung will es bis Ende Mai nächsten Jahres räumen. Für Kakuma (siehe E+Z/D+C e-Paper 2016/02, S. 21 ff., und E+Z/D+C e-Paper 2016/03, S. 36 f.) hat sie noch keine Frist gesetzt.

Die Betroffenen sind verzweifelt. Deng Malual etwa ist mit seiner achtköpfigen Familie erst vor wenigen Wochen aus dem Südsudan in Kakuma angekommen. „Hier sind wir sicher“, sagt er, aber in der Heimat herrschten Gewalt und Not. „Meine Kinder waren kurz vor dem Verhungern, es gab keine

Lebensmittel, nichts.“ Er weiß nicht, wo seine Familie hinsoll, wenn sie nicht in Kakuma bleiben kann.

Die große Mehrheit der anderen Flüchtlinge ist ähnlich hoffnungslos. Außerdem beleidigt sie der implizierte Vorwurf, sie unterstützten Gewalttäter. „Flüchtlinge sind keine Terroristen“, sagt Anne Cham, die aus Äthiopien stammt und in Dadaab lebt. „Hier ist es friedlich – ohne Gewalt, Mord, Landraub und Nötigung.“ Vor derlei ist sie geflohen und stellt klar: „Wir töten niemanden.“ Sie findet gut, dass ihr Kind in Dadaab zur Schule geht und es Lebensmittel gratis gibt. Ihr Appell an die Regierung lautet: „Bitte schließen Sie die Lager nicht.“

Einige Lagerbewohner erkennen an, die kenianische Regierung habe das Recht dazu. Die meisten wissen aber nicht, wo sie hinsollen. In ihrer Heimat droht der Tod – und es wäre ohnehin schwer, dorthin zu kommen. In andere Länder ausreisen können sie auch nicht.

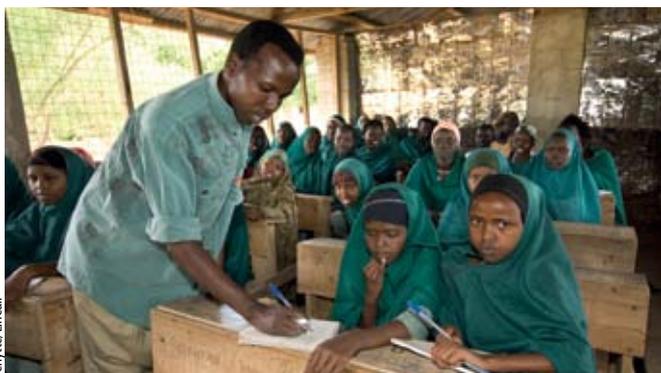
Manche der Betroffenen fühlen sich nun auch vom UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) vergessen. Dieses hat allerdings eine Presseerklärung veröffentlicht, in der es Nairobi auffordert, die Entscheidung nochmal zu überdenken. Kenia habe „als

Grenzland bei der Aufnahme von Flüchtlingen jahrelang eine außerordentliche Rolle“ gespielt, heißt es, und das habe auch zu Lasten für das Land und seine Bevölkerung geführt. Kenia verdiene deshalb mehr internationale Unterstützung, solle aber die Lager nicht schließen. Angesichts von rund 60 Millionen Menschen, die weltweit gewaltsam von ihrem Zuhause vertrieben wurden, urteilt das UNHCR, es sei heute „wichtiger denn je, dass das Asylrecht gewahrt wird und entsprechende Pflichten weltweit erfüllt werden.“

Regierungsunabhängige Verbände sehen das auch so. In einer gemeinsamen Erklärung warnen elf nichtstaatliche Organisationen – darunter World Vision, Oxfam und das Refugee Consortium of Kenya – vor einer „regionalen humanitären Katastrophe“, sollten die beiden Lager abrupt geschlossen werden. Das Asylrecht und Gesetze über Flüchtlingsfragen stünden derzeit unter Druck, „besonders in Europa“, Kenia solle diesen Weg aber nicht gehen. Wie das UNHCR fordern die zivilgesellschaftlichen Organisationen mehr Engagement der internationalen Staatengemeinschaft für Flüchtlinge im Allgemeinen und für die in Kenia im Besonderen.

Diese Positionen leuchten den Menschen in Dadaab und Kakuma ein, wenn sie denn davon erfahren. Leider gibt es aber Grund, daran zu zweifeln, dass die internationale Gemeinschaft oder Kenias Regierung die Ratschläge annehmen werden – wobei zusätzliche Hilfe für Kenia dort bestimmt eine Rolle spielen würde. ←

## Debatte



Schulunterricht in Dadaab.

### Links

Stellungnahme von elf regierungsunabhängigen Organisationen:

<http://www.rescue.org/press-releases/media-advisory-government-kenya-reconsider-intended-closure-refugee-camps-30899>

Stellungnahme des UNHCR:

<http://www.unhcr.org/57308e616.html>

### Peter Okello



Ist als Sohn einer südsudanesischen Mutter im Flüchtlingslager Kakuma aufgewachsen und arbeitet als Journalist in Kenia.

[okello17art@gmail.com](mailto:okello17art@gmail.com)



Werden Sie  
unser Fan auf  
**Facebook!**



www.facebook.com/development.and.cooperation



**Zeitschrift**

Suche nach Beiträgen auf dieser Seite

**PERSONEN** >

**100.639** „Gefällt mir“-Angaben

**INFO** >

- D+C Development and Cooperation is a website and print magazine on development and international cooperation. [www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)
- <http://www.dandc.eu/>

**FOTOS** >

**D+C** D+C Development and Cooperation  
15 Std. · 🌐

Nowadays: In rural Ghana, youngsters hardly receive any education on sexual issues. Many know too little about conception and contraceptives, which leads to unwanted pregnancies.

stepmap.de



# Neugier siegt

Populistische Slogans sind oft widersinnig, weshalb offene und kritische Auseinandersetzung wichtig ist. Wer autoritäre Neigungen hat, schätzt aber unabhängiges Denken meist nicht.

Von Hans Dembowski

➔ Donald Trumps außenpolitische Ideen sind offenkundiger Unfug. Das Versprechen des voraussichtlichen republikanischen Präsidentschaftskandidaten, entlang der südlichen Grenze der USA eine Mauer zu bauen, die Mexiko bezahlen wird, ist nur ein Beispiel. Es ist absurd, kommt aber bei manchen US-Bürgern gut an.

Leider sind Trumps andere Vorschläge meist nicht besser – und das gilt ähnlich

wo sie können, die Medienfreiheit ein. Lesern in Entwicklungsländern ist das nur allzu klar.

Der Sozialwissenschaftler Stanley Feldman hat in den USA eine Methode entwickelt, um Menschen mit autoritären Neigungen zu identifizieren. Die vier Fragen, die er nutzt, betreffen nicht Politik, sondern Erziehung. Was ist für ein Kind wichtiger, fragt er, Respekt vor dem Alter

schaft Selbstständigkeit und Einfühlungsvermögen wichtiger sind.

Feldmans Methode legt nahe, dass reiche Demokratien vor autoritärem Gehabe etwas besser geschützt sind als Entwicklungsländer, wo Hierarchien und Anciennität stärker betont werden. Unternehmensberater berichten, in deutschen Firmen wollten junge Leute heute als intelligente Individuen behandelt werden und würden schnell kündigen, wenn das nicht geschähe. Ähnliches wird auch aus anderen Industrienationen berichtet. Wer im Berufsalltag nicht herumkommandiert werden will, dürfte sich auch in anderen Lebensbereichen nicht ohne Weiteres unterordnen.

Beunruhigend ist jedoch, dass manche Menschen zwar verstehen, dass populistische Sprüche Quatsch sind, sie aber dennoch akzeptieren. Hierarchie und Konformität können leider ein Gefühl von Geborgenheit und Ordnung vermitteln. Deshalb fassen autoritäre Politiker manchmal auch in reichen Ländern Fuß. Dass Norbert Hofer von der FPÖ im Mai fast zum Bundespräsidenten Österreichs gewählt worden wäre, ist ein erschreckendes Beispiel.

Die Geschichte lehrt uns indessen, dass autoritäre Regierungen auch in Entwicklungsländern immer wieder scheitern. Die Sri Lanker haben vor einiger Zeit Maithripala Sirisena zum Präsidenten gewählt, anstatt Mahinda Rajapaksa, der zunehmend diktatorisch regierte, im Amt zu bestätigen. Auf den Philippinen, wo gerade der populistische Hardliner Rodrigo Duterte zum Staatschef gewählt wurde, haben „People's Power“-Bewegungen einen autoritären Herrscher und einen korrupten Populisten davongejagt. In Burkina Faso hat eine Bürgerbewegung den Despoten Blaise Compaoré gestürzt. Sie wurde von jungen Leuten getragen, die es leid waren, gesagt zu bekommen, was sie denken sollen. ←

Hans Dembowski



ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

[euz.editor@fs-medien.de](mailto:euz.editor@fs-medien.de)



Trump-Anhänger in Florida.

für die Rechtspopulisten, die in Europa einen Aufschwung erleben. Die AfD will beispielsweise Deutschland aus der Euro-Zone führen, verschweigt aber, was die rasante Aufwertung einer neuen D-Mark für die Exportwirtschaft bedeuten würde.

Unsortiertes Gedankengut ist für autoritäre Politik typisch. Je weniger Bürger die grundlegenden Zusammenhänge verstehen, desto gefährlicher ist die Propaganda. Deshalb diskreditieren Populisten unabhängige Journalisten und schränken,

oder Unabhängigkeit? Gehorsam oder Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten? Gute Manieren oder Neugier? Anständiges Benehmen oder die Fähigkeit, Anteil zu nehmen?

Wer den jeweils ersten Begriff wählt, bekennt sich implizit zu Hierarchie, Konformität und formaler Ordnung. Feldmans Fragen laufen natürlich nicht darauf hinaus, dass gutes Benehmen und Respekt unwichtig wären. Entscheidend ist aber, dass für eine aktive Zivilgesell-

# Schweres Erbe

Kurz nach den Olympischen Winterspielen und den Paralympics im russischen Sotschi 2014 sprach Thomas Bach, der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), von ihrer wertvollen Hinterlassenschaft. Er dachte wohl an Sport- und andere Infrastruktur, in die immerhin Investitionen von rund 51 Milliarden Dollar geflossen waren. Eine ehrliche Bilanz muss aber auch Menschenrechtsverletzungen erfassen. Selbst das IOC fordert künftig von Gastgebern bessere Leistungen.

Von Jane Buchanan

➔ Im Kontext der Winterspiele gab es in Sotschi diverse Menschenrechtsverletzungen. Dazu gehörten die Ausbeutung von Migranten, Zwangsumsiedlungen sowie Schikanen gegen Aktivisten und Journalisten, die die Vorbereitung der

Erst einen Monat vor Eröffnung der Spiele wurde die Situation der Arbeiter öffentlich zur Kenntnis genommen. Dmitri Kozak, der für Olympia zuständige Vize-Ministerpräsident, teilte mit, Kontrollen auf Baustellen hätten 2013 ergeben, dass

deutlich wurde das, als Polizisten zwei norwegische TV-Journalisten verfolgten und mehrmals festnahmen.

Zur traurigen Bilanz gehört zudem die Zwangsumsiedlung von Dutzenden Einwohnern, deren Häuser Olympiastätten oder neuer Infrastruktur weichen mussten. Im verschlafenen Bergdorf Akhshtyr wurden sogar Trinkwasserquellen zerstört und Verbindungsstraßen gekappt. Leute aus dem Dorf kamen nicht mehr zur Arbeit oder Schule. Das IOC wollte Schäden einzudämmen, hat die Dinge letztlich aber den russischen Institutionen überlassen, die sehr zurückhaltend agierten.

Es bleibt viel zu tun, um alles wieder gutzumachen. Wichtig und möglich ist aber auch, derlei im Olympiakontext künftig zu verhindern. Sogar dem IOC scheint das klar zu sein. Weniger als ein Jahr nach Sotschi hat IOC-Präsident Thomas Bach Reformen eingeleitet, die Hoffnung auf Wandel wecken. Für Olympische Spiele von 2022 an sollen sich die ausrichtenden Städte vertraglich zu stärkerem Umweltschutz, zur Einhaltung von Arbeitnehmerrechten und zu diskriminierungsfreiem Handeln verpflichten.

Natürlich hängt der Erfolg davon ab, wie konsequent das IOC die neue Strategie verfolgt. Es muss die volle Verantwortung dafür übernehmen, dass im Olympiakontext Menschenrechte gewahrt werden – und es muss auf Verstöße reagieren. Das gilt schon für die Sommerspiele in Rio in einigen Wochen. Auch die FIFA sollte sich der Menschenrechte annehmen, nicht zuletzt weil Russland die Fußball-WM 2018 austrägt. Nur wenn internationale Sportverbände ihre Haltung korrigieren, kann Sotschis schweres Erbe auch eine positive Seite haben. ←



Arbeitsmigranten auf dem Weg zur Stadionbaustelle im Jahr 2012.

Spiele kritisch begleiteten. Einige wurden sogar inhaftiert.

Human Rights Watch hat seinerzeit Ausbeutung von Arbeitsmigranten auf allen wichtigen olympischen Baustellen dokumentiert. Arbeitgeber beschäftigten Arbeiter ohne Vertrag, zahlten Löhne nicht, machten Arbeiter durch Einzug von Pässen abhängig und forderten unverhältnismäßig viele Überstunden.

Human Rights Watch und andere Menschenrechtsorganisationen veröffentlichten umfangreiches Beweismaterial. Dennoch zogen die russischen Behörden jahrelang die Arbeitgeber nicht zur Rechenschaft. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) machte allenfalls zögerlich Druck auf Russland.

Firmen Löhne von insgesamt mehr als 8 Millionen Dollar nicht ausgezahlt hätten. Die Arbeiter würden ihr Geld bekommen.

So erhielten denn viele Arbeiter Löhne, die ihnen zustanden. Allerdings geschah das für Tausende sehr spät und nicht in genügendem Umfang. Die meisten hatten Sotschi längst verlassen – und viele waren vor Beginn der Spiele abgescoben worden.

Auch Schikanen gegen Umweltaktivisten, Journalisten und andere Kritiker kamen vor – etwa die Inhaftierung des besonders profilierten Evgenii Vitishko. Mehrfach wurde die Arbeit von Journalisten behindert, die über soziale und andere Probleme berichteten. Besonders

Debatte

Jane Buchanan



ist bei Human Rights Watch für Europa und Zentralasien zuständig und hat von 2009 bis 2014 die Recherchen der Organisation zu den Menschenrechtsverletzungen bei den Olympischen Winterspielen in Sotschi geleitet.

buchanj@hrw.org



# Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen. Wir informieren in unseren Tweets über unsere Beiträge und andere Dinge, die unser Produkt betreffen.



www.twitter.com/forumdc

The screenshot shows the Twitter profile for 'D+C Development + Cooperation'. The profile picture is a photograph of a busy outdoor market with people and stalls. The bio reads: 'D+C Development and Cooperation is a monthly magazine with a website and the identity of German twin E-Z. RTs are not always endorsements.' The location is 'Frankfurt, Germany' and the website is 'dandc.eu'. The profile statistics are: 7,443 tweets, 1,679 followers, 4,111 following, 184 favorites, and 7 lists. A recent tweet is visible: 'Global Brainstorming Project: #Art project with & about #refugees from #Syria and #Palestine ow.ly/TJEFm'. The tweet includes a photo of a public art installation. On the right side, there are sections for 'Neu bei Twitter?' with a 'Registrieren' button, and 'Vielleicht gefällt Dir auch' with a list of suggested accounts including AERI\_Group, The Global Fund, African Union, Africa Renewal, UN, and giz.

